

Internationale Arbeitszeitprobleme.

Ein geschichtlicher Rückblick. — Ergebnisse der Londoner Konferenz.

Aus der Geschichte des Achtstundentages.

Während der vergangenen Wochen lagte in London eine Konferenz europäischer Arbeitsminister, die eine internationale Regelung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages bezweckte. Damit ist die Öffentlichkeit von den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen, die das gemeinsame Schicksal der Arbeiterschaft erfüllen, auf das zentrale Problem der Sozialpolitik, auf die Arbeitszeit hingelenkt worden, damit auch auf ihre Geschichte, die im wesentlichen eine Geschichte des Kampfes um den Achtstundentag ist.

Schon der englische Philantrop Robert Owen hatte 1817 in der „Erasis“ den Achtstundentag gefordert und von seiner restlosen Durchführung die Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Produktion erhofft. Aber die wohlgemeinten Reformversuche, welche er in den folgenden Jahren unternahm, schlugen fehl, bis er 1833, als im Fabrikgesetz des gleichen Jahres die Arbeitszeit der neun- bis dreizehnjährigen Kinder, welche die Textilfabriken beschäftigten, auf 9 Stunden festgelegt wurde, den Augenblick für gekommen hielt, die Ausdehnung dieses Gesetzes auf die Erwachsenen zu erstrecken. Mit der Gründung der „Society of human regeneration“ schuf er, unterstützt von John Ruskin, das erste „Kampfinstitut“ zur Durchführung gesetzlicher Maßnahmen der Arbeitszeit.

Aber die Ergebnisse dieser tatrendigen, sozialen Opferbereitschaft entsprachen keineswegs den Hoffnungen, die sie begleiteten. Ihr fehlte der sichere Rückhalt in den Arbeitermassen. Erst dann, als die industriellen Arbeiter zur Selbsthilfe schritten, als die frühkapitalistischen Arbeitsverhältnisse die ersten Organisationen der Arbeiterschaft entstanden, kam in den Kampf um gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit eine neue, vorwärtstreibende Bewegung. Nachdem die ersten Streiks für den Achtstundentag, die der englischen Spinner und Schneider, niedergedrückt worden waren, wurde bis zum Londoner Gewerkschaftskongress 1872 die Bergarbeiterorganisation und das Baugewerbe zum maßgebenden Träger der Arbeitszeitreform. Die Männer von Liverpool erzwangen 1846 die Einführung der neunstündigen Tagesarbeit, das gleiche die Steinmetzen von Melbourne.

Diese Kämpfe jedoch wurden noch innerhalb der Gewerbe ausgeführt, sie waren eine Berufs- und Standesangelegenheit und blieben meist lokal beschränkt, auch da, wo sich die allgemeiner wirtschaftliche Entwicklung über die ersten industriellen Anfänge ausgedehnt hatte. Es fehlte ihnen das gemeinsame, richtunggebende Element, ein Programm, das alle besonderen, gewerkschaftlichen und lokalen Wünsche innerhalb der Arbeiterschaft in eine große, vereinigte Kampfstrategie hineinführte. Marx und Engels durften es beschreiben sein, aus dem wissenschaftlichen Arsenal des Jahrhunderts das Stützzeug zu liefern, das die moderne Arbeiterbewegung brauchte. Die weitestgehenden Kräfte des „kommunistischen Manifestes“ wählten zur Einheit, zum organisatorischen Zusammenstoß und führten sie auf die besselenswerte Kampfesstrategie der Weltbewegung. Die erste Arbeiterinternationale wurde gegründet und schon auf dem Genfer Kongress vom Jahre 1866 der Achtstundentag als normale Arbeitszeit proklamiert.

Inzwischen hatte 1873 die fortschrittliche Tätigkeit des Parlaments von Newzeeland das achtstündige Arbeitsgesetz für Kinder und Arbeiterinnen angeordnet, das 1901 auch auf die Männer ausgedehnt wurde. Seit der Gesetzgebung von Viktorien vom Jahre 1874 gilt Australien als vorbildlicher Staat der restlosen Durchführung des Achtstundentages.

Die Uebervindung der wirtschaftlichen Krise der 70er Jahre brachte mit der Einführung des privatkapitalistischen Unternehmertums rasche Wiederbelebung der gewerkschaftlichen und politischen Abwehrorganisationen der Arbeiter. Die 1882 gegründete „American Federation of Labor“ stellte in ihrem Arbeitsprogramm erneut den Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag wieder auf, jedoch brachte ihr der Generalstreik, den sie 1886 zu seiner Erzielung durchführte, relativ wenig Erfolg. Bereits 1888 aber schon forderten die Bergarbeiter auf ihrem Kongress in St. Louis, ohne sich von den Niederlagen der vergangenen Jahre entmutigen zu lassen, den allgemeinen Anspruch, der die gesetzliche Regelung der achtstündigen Arbeitszeit erzwingen sollte. Auch der britische Gewerkschaftskongress vom gleichen Jahre sprach sich für das Achtstundentagesgesetz aus, und der wachsenden Achtstundentagsbewegung Hoch-

mutig tragend, gleichzeitig der Internationale Arbeiterkongress, der 1889 in Paris tagte, ebenso zwei Jahre später das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß die Regierungen der kapitalistischen Staaten die organisatorischen und praktischen Maßnahmen der Arbeiterschaft zur Durchführung der gesetzlich festgelegten achtstündigen Arbeitszeit nicht verfolgt und beobachtet hätten. Von der sozialpolitischen Berechtigung dieser Kämpfe überzeugt, veranlaßte die Schweizer Bundesregierung an alle Industriestaaten der Welt eine Einladung zur Internationalen Arbeitszeitkonferenz, auf der ein gemeinsames Übereinkommen des Arbeiterschutzes, besonders die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages vereinbart werden sollte. Sie war jedoch durch den politischen Druck des Deutschen Reiches bald gezwungen, ihren Antrag zurückzugeben. Hierauf berief Bis marck für das Jahr 1890 eine Arbeiterschutzkonferenz nach Berlin und zwar, um die Unmöglichkeit eines internationalen geregelten Arbeitsschutzes nachzuweisen oder von den ausländischen Mächten die Konzessionen zu erreichen, die ihm angebracht erschienen. Das Ergebnis dieser Zusammenkunft, die völlig ungenügend vorbereitet war, war bescheiden, aber den Wünschen Bismarcks entsprechend.

Um so erfreulicher gestaltete sich die Auswirkung des ersten Internationalen Kongresses für geschlossenen Arbeiterschutzes, der durch die unermüdete Tätigkeit des Schweizer Arbeitersekretärs Hermann Greulich eingeleitet, im Juli 1897 in Zürich zusammentrat und den Achtstundentag als richtunggebendes Ziel aufstellte. Auch die Arbeiter unter den deutschen Sozialpolitikern wagten sich nun, um hinter der praktischen, fortschreitenden Tätigkeit der Arbeiterorganisationen nicht allzuvweit zurückzutreten. Voran kamen wie S. Brentano, von Berlepsch und G. Schmöller dürfen in der Geschichte der Sozialpolitik nicht unerwähnt bleiben, besonders deshalb nicht, weil ihre private Vereinbarung, die sie zum Studium der sozialen Praxis gründeten, auf der von privaten, wissenschaftlichen Vereinen einberufenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz 1900 in Paris, welche sie mit ähnlichen Instituten des Auslandes zusammenführte, die Errichtung eines Internationalen Arbeitsamtes mit dem Sitz in der Schweiz beschloß, ein Plan, der erst endgültig durch den Versailles-Friedensvertrag verwirklicht wurde.

Im ersten Linie war dieser Verein zu Studienzwecken bestimmt, die ganze reiche und mühevoll praktische Arbeit lag bei den Gewerkschaften, und allein die Gewerkschaftsverbände sind es gewesen, welche die Durchführung gesetzlicher Arbeitszeitentwürfe förderten. Die Gewerkschaftsbewegung erzwang 1901 in Österreich die Annahme der gesetzlichen Neunstundenschicht im Kohlenbergbau, ebenso in Belgien seit 1909. Die spanische Bergarbeitergewerkschaft erzwang 1910, die niederländische 1906 die gesetzliche Achtstundenschicht. Auch in Großbritannien wurde 1908 und 1909 in Frankreich das Achtstundentagesgesetz für den Bergbau durchgeführt, ihnen folgte Norwegen und 1915 Portugal. Es sei noch hinzugefügt, daß der Tarifvertrag vom Mai 1916 dem Anthrazitbergbau der Vereinigten Staaten gleichfalls restlose Annahme der achtstündigen Arbeitszeit brachte.

Mit dem Eintritt des Weltkrieges wurde die Arbeitszeitgesetzgebung der kriegführenden Staaten vollständig eingestellt, die Tätigkeit der Gewerkschaften beschränkt und unterdrückt, die Arbeitszeit willkürlich ausgedehnt. Andererseits drängten, gerade durch die furchtbare Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft in den kriegführenden Ländern angetrieben, die Arbeiterorganisationen neutraler Staaten immer heftiger zur Annahme des gesetzlichen Achtstundentages. So fand 1916 in Norwegen das Neunstundengesetz für die gesamte Industrie Annahme und der gesetzliche Achtstundentag 1914 in Panama, 1915 in Uruguay, in Ecuador und Mexiko 1917 und in Peru 1918.

Auch die internationale Arbeit der Gewerkschaften mußte, wie die binnenländische Gewerkschaftsarbeit, notgedrungen durch den Krieg leiden. Ein um so erfreulicherer Zeichen der Lebensfähigkeit der Gewerkschaften war es deshalb, als im September 1919 in Bern ein Internationaler Gewerkschaftskongress tagen konnte, der endgültig das Programm der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung festsetzte, dem zu gründenden Internationalen Arbeitsamtes den Entwurf einer Verfassung gab und die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages im Friedensvertrage verlangte. Dem entsprach der Entwurf des Arbeitsausschusses für Arbeiterschutz im Obersten Rate und auf der Washingtoner Kon-

ferenz vom Jahre 1919 wurde die internationale Durchführung des Achtstundentages und der Achtstundentagswoche vertraglich festgelegt. Die politische Reaktion, welche über die europäischen Länder und in besonderer Ausdehnung auf Deutschland hereinbrach, vernichtete diese ersten Anfänge fortschrittlicher Arbeitsgesetzgebung.

Das Washingtoner Abkommen ist bisher, wie alle Vereinbarungen auf arbeitsrechtlichem und sozialpolitischem Gebiet, zum Verfall gekommen, die Mächte herabgewürdigt worden und es wäre schon längst als belanglos besetzt gewesen, wenn nicht die Organisationen der Arbeiterschaft stehend dahinter ständen, als da anklagende Gewissen der kapitalistischen Länder, welches die europäischen Staaten auch zu der Londoner Arbeitszeitkonferenz zu sammentreib.

Die Londoner Konferenzbeschlüsse.

Die Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien kamen, wie wir schon kurz berichtet haben in London zusammen, um über die endliche Ratifizierung des Abkommens von Washington über die Arbeitszeit zu beraten. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß eine wesentliche Annäherung der einzelnen Länder stattgefunden hat. Nach den offiziellen Veröffentlichungen der Konferenz soll sich der Artikel I der Washingtoner Konvention über die 48-Stundenwoche auf alle industriellen Unternehmungen beziehen, ganz gleichviel Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Betriebe, in denen Mitglieder der selben Familie arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telephonendienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen die Instandhaltungsarbeiten.

Zu Artikel II ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während denen die Beschäftigten zur Verfügung des Unternehmers stehen. In den Arbeitsstunden nicht eingeschlossen sind die Ruhepausen. Zu Artikel V des Abkommens wurde vereinbart, daß die Bestimmungen dieses Artikels auf Anwendung auf das Baugewerbe finden können. Zu Artikel IV wurde bestimmt, daß der Begriff „im wesentlichen zeitweilige Arbeit“ sich nur auf Förster, Wächter, Feuerwehrlente und andere Arbeiter bezieht, die mit der eigentlichen Produktion nichts zu tun haben, und deren eigentliche Arbeit durch lange Pausen unterbrochen wird, während deren sie wieder eine körperliche Tätigkeit nach einer ständigen Aufmerksamkeit auszuüben haben. Zu Artikel VI b wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Ueberstundenzahl durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Ueberstunden wurde beschlossen, daß die in Artikel V vorgesehene Mindestzahl von 25 Prozent obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf fünf Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf 11 Tage ist statthaft. Bezüglich der Eisenbahnbetriebe wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Artikel V und VI a den Bedürfnissen der Eisenbahn nicht entsprechen sollten, so ist eine notwendige Ueberstundenzahl erlaubt.

In den Fällen, in denen es die Gesetzgebung des Staates gestattet, daß über die 48-Stundenwoche hinaus gearbeitet wird, um die Zeit nachzuholen, die durch Urlaub verloren gegangen ist, sollen derartige Arbeitsstunden in die Höchstzahl der Ueberstunden eingeschlossen werden, die in Artikel VI festgelegt ist. Zu Artikel XIV wurde beschlossen, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Artikel zur Durchführung des Abkommens aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden — von Großbritannien unter Vorbehalt —, daß die Bestimmungen des Artikels XIV, die die Ausfertigung der 48-Stundenwoche regelt, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft in Mitleidenschaft zieht, daß die Spitze des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden. Zum Schluß wird erklärt, daß der deutsche, der englische und der französische Text in gleicher Weise maßgebend sein sollen. Die Beschlüsse der Konferenz sollen sowohl den Regierungen der beteiligten Länder als auch dem Intern. Arbeitsamt unterbreitet werden.

So weit die offizielle Verlautbarung. Nicht alles wird erreicht, was die Gewerkschaften zum internationalen Schutze der Arbeitskraft gefordert haben. Dennoch bedeuten die Ergebnisse der Konferenz einen großen Fortschritt. Vor und während der Abreise des deutschen Arbeitsministers versuchten die deutschen Unternehmer durch Entschuldigungen und lauten Tamtam in ihren Organen, die Stellung des Herrn Dr. Braun zu erschweren. Es ist ihnen nicht gelungen. Die Arbeiterschaft darf aber nicht vergessen, daß jeder sozialpolitische Fortschritt an einen Fortschritt der organisierten Kraft der Arbeitermassen gebunden ist.

Wissen, Beruf, Technik.

Stirb und werde!

Ostergedanken eines Menschheitsgläubenden.

Die wirtschaftliche Not und das große soziale Elend unserer Zeit zwingen jeden einzelnen wirtschaftlich abhängigen Menschen zur Behauptung seiner Existenz. Je mehr sich das Kapital konzentriert, um als Kapital das Leben zu bestimmen, um so mehr ist das vom Kapital abhängige Volk, gleich, was und wo es wohnt, zum organisatorischen Zusammenstoß gezwungen, um von dem wachsenden, drückenden Alp Kapital nicht erdrückt zu werden. Die ganze wirtschaftliche Art des Lebens zielt auf einen ganz unsterklichen, harten Erkennen rein wirtschaftlicher Notwendigkeit, und wenn in diesem wirtschaftlich kämpfenden Volke nicht zugleich ein so hohes ethisches Bewusstsein vorhanden wäre, dann würde der Druck des Kapitals mit seinem brutalem Herrschen ohne Zweifel der Vernichtung der Kultur sein.

Manche glauben an diesen Ostergeist. Man muß Volk kennen, Volk fühlen, selbst vom Volk sein, um zu wissen, daß allen Bedrücken und einseitigen wirtschaftlichen Streben zum Troste dennoch auch glaubende, suchende Seele liegt. Es ist harte Not, die da zwingt. Dieser Kampf um die Existenz ist nicht Selbstzweck und lester Sinn, wenn das Leben ein höheres Erleben auch in noch so vielen erlöset hat. Jenseits des Ringens ist Frieden. Die wirtschaftliche Freiheit trägt den Sieg der besten Freiheit in sich. Darum sagt uns der Kampf des einzelnen bewahrt ein in eine große, heilige Aufgabe. Das Menschliche ist das letzte Gesetz, um das es geht, das die Überhebung an diesem heilig ererbten Opfergabe der Menschheit setzen soll.

Wieviele haben für diesen Glauben gekämpft! Wieviele sind gestorben für ihren Glauben an das Komende! Wieviele leiden noch heute, bringen noch heute Opfer über Opfer für ihre Ueberzeugung, die jenseits des Hades liegt! Das ist das harte Schicksal des tiefsten, herrlichen Menschlichen, zu leiden für die Befreiung des Menschlichen.

So kann man so wenig von der Gabe an das neue Leben ist, so stark und bitter ist er. Er ist nicht der herrlichen Stolz und freie Menschheitsrechte, aber er verlangt auch alles von dir — dich selber. Du magst dich selber haben, wenn du dich selber nicht hast.

UNSER OSTERGLAUBE

Neuen Lebens Säfte fließen
Durch das Adernetz der Flur
Und ihr Wunderhorn erschliessen
Schöpferkräfte der Natur.
Was gewesen, liegt im Staube,
Neues keimt, vom Zwang befreit,
Neues Wollen, neuer Glaube
Webt der Erde neues Kleid.

Neuer Glaube, neues Wollen
Fruchtet sich aus unsrer Zeit,
Ihre samenzureichen Schollen
Pflügt der Pflug der Einigkeit —
Pflügt der Geist, der aus den Nächten
Der Bedrückung auferstand
Und im Kampf mit finstern Mächten
Seine Fesseln überwand.

Arbeitsvolk muss auferstehen
Und mit Herz und Hand an Hand
SEINES Glaubens Samensäden
In das junge Arbeitsland.
SEINEN Osterglauben krönen
Muss es auf dem Thron der Tat,
Auferstehungsglocken dröhnen:
Aufgestanden! Strenzt die Saat!

Dietrich Kellenski

mußt dich öffnen! Nur wenn du selber ganz aufgesteigt in diesem Verbundenen, kann dieses Verbindende als Liebe einmal der neue Schicksal der Menschheit sein.

Stirb und werde! So hat Goethe einmal dieses Höhere und harte Wesen der Entwicklung treffend gezeichnet. Ein ewiges Schicksal geht durch die Welt, ein ewiges Drängen nach Licht. Und symbolisch war Goethe der Schmetterling, der sich aus Raupen fängt in die Flamme.

In der Liebesnähe Kühlung,
Die dich zeugte, wo du zeugst,
Ueberfällt dich fremde Kühlung,
Wenn die stille Perze leuchtet.

Nicht mehr bleibst du umfangen
In der Finsternis-Begattung,
Und dich reißt neu Verlangen
Auf zu höherer Begattung.

Keine Ferne macht dich schwierig,
Kommt geflogen und gebannt,
Und zuletzt, des Lichts begierig,
Bist du, Schmetterling, verbrannt.

So konnten immer wieder in der Geschichte der Menschheit Menschen, gute, edle, liebende, glaubende Menschen, nicht anders als sich stürzen in diese stilkliche Flamme des Lebens, die da aus der Ewigkeit hinaufjüngelt in die Zukunft. Und wenn es ihr Tod war — es mußte sein. Sie konnten nicht anders. Der Tod war ihnen die Vermählung mit ihrer Idee. Sätten sie alle nur Kenntnis an sich gedacht, ohne freudig ganz aufzugehen in dem, wozu es sie trieb: die Welt wäre alt, morsch, feierlich, ohne Hoffnung. Die Flamme ist das Leben. Das Opfer ist die Zukunft. Charfreitag muß sein, daß Opfern werde. Du mußt Opfer bringen, damit das Leben werden kann!

Aber wenn du dies nicht hast,
Dieses Stirb und Werde,
Bist du nur ein trüber Gast
Auf der dunkeln Erde.

So schließt Goethe sein tief empfundenes Flammendogmatische Gedicht.

Stirb und werde! Auch in deinem Kampfe um das wirtschaftliche Recht steht etwas von diesem Schwere und doch so Schönen. Auch dein gewerkschaftlicher Kampf verlangt solch ein Opfer. Er ist unentbehrlich ohne Solidarität. Und Solidarität ist Bereitschaft zum Opfer, ist Treue zur großen Sache, auch wenn der einzelne keinen Nutzen, ja, einmal Schaden hat. Die Solidarität ist die Flamme, in der du dich aufgibst, um neu zu werden im anderen. Ohne sie kann kein Sieg sein. Und je mehr der einzelne in seinem Opfer den tiefen stilklichen Sinn des Opfers erlebt, um so mehr wächst er in diesem seinem Erleben selber in die letzte heiligste Tiefe alles Menschlichen. Da ist der tiefste, eigentliche Sinn deiner selbst, da in diesem Einenden, Verbindenden. Im freudigen Opfer des Kampfes ist enthalten ein Stück jenes neuen, geläuterten Menschlichen, das schwebrisch-brüderliches Sichsich und Glücksgefühl der Gemeinschaft ist.

Dr. Gustav Hoffmann

Zur Lage der Kohlenwirtschaft.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichskohlenrats.

In der Sitzung des Reichskohlenrats am 18. März d. J. erstattete dessen Geschäftsführer, Bergbaupraktiker W. v. H. o l d, einen Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft, worin er darlegte, daß die internationale Wirtschaftslage für das hinter uns liegende Jahr 1925 durch eine überall festzustellende Stagnation gekennzeichnet werde. Diese Stagnation kennzeichnete sich auf dem Gebiete der Kohle durch Absatzmangel und steigende Arbeitslosigkeit in großen Teilen West- und Osteuropas und als Folgeerscheinung schärfster Wettbewerbs- und Preisdruck und Störungen auch in der Erzeugung.

In Deutschland sei von dieser Stagnation der Ruhrbergbau

in besonderem Maße betroffen. Hier habe das Jahr 1925 allerdings alle seine Vorgänger in der Kohlenförderung für sich übertrifft. Mit rund 104 Millionen Tonnen Kohle übertraf es das Vorjahr um reichlich 10 Mill. To. und das bisher beste Nachkriegsjahr 1922 um reichlich 8 Mill. To., es bleibe allerdings immer noch um rund 10 Mill. To. hinter der Förderung des letzten Vorkriegsjahres 1913 zurück. In der Kohlenherstellung ergebe sich ein Weniger gegen 1913 und 1922 von rund 23 Mill. To. Auch die Bruttoherstellung sei merklich zurückgeblieben hinter 1913 und 1922.

Bemerkenswert sei, daß die höchste Ruhrkohlenproduktion in 1925 mit einer wesentlich niedrigeren Arbeiterzahl erreicht wurde. Die durchschnittliche Arbeiterzahl betrug im Ruhrbergbau ohne Nebenbetriebe im Jahre 1923 rund 545 000, im Dezember 1924 448 000 und im Dezember 1925 nur noch rund 374 000. Auch die Zahl der technischen und kaufmännischen Angestellten habe sich in 1925 um reichlich 12 Proz. von rund 27 500 auf 24 100 vermindert.

Von der Stilllegung, die im Jahre 1924 bereits 11 größere Mager- und Schötlengruben mit 8400 Mann Belegschaft erfaßt hatte, seien seit Beginn 1925 bis jetzt weitere 28 Schachtanlagen, darunter 16 Mager- und Schötlengruben, 10 Fettkohlen- und 2 Gas-kohlenengruben mit zusammen rund 40 000 Mann Belegschaft betroffen worden. Es handle sich dabei im wesentlichen, abgesehen von einigen wenigen unter in der Mitte des Ruhrreviers gelegenen Anlagen, um das Abschließen des südlichen eigentlichen Ruhrbergbaues, der infolge seiner wirtschaftlichen und geologischen Eigenart bei dem verschärften Wettbewerb nicht mehr mitkommen und auch, soweit er größeren Unternehmungen angegliedert sei, aus wirtschaftlichen Rücksichten nicht mehr durchgeschleppt werden könne. Freilich müsse zugegeben werden, daß es im Einzelfall vielleicht nicht mehr ganz zweifellos sei, wo bei der Anwendung dieses Grundsatzes die volkswirtschaftlich richtige Grenze gezogen werden könne.

Die Lagerbestände auf den Festhalten und beim Syndikat, die im Juni 1925 bis auf etwa 9,5 Millionen Tonnen, in Kohle umgerechnet, angewachsen waren, haben sich bis Ende des Jahres in Kohle und Bricketts um reichlich 1 Million Tonnen vermindert, die Kohlenbestände dagegen um reichlich 100 000 To. zugenommen. Der Schichtförderanteil, berechnet auf den Kopf der beim Grubenbetrieb angelegten Gesamtbelegschaft, hat sich ständig gesteigert und die entsprechende Vorkriegszahl um reichlich 10 Prozent überschritten. Auf die eigentlichen Bergarbeiter, d. h. Dauer- und Lehrhauer berechnet, hat der Schichtförderanteil den Durchschnitt des Jahres 1913 sogar um 13,8 Prozent überschritten. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so günstige Auswirkungen sind auch im übrigen deutschen Steinkohlenbergbau mit Ausnahme des sächsischen zu verzeichnen.

Der Kampf um den Inlandsmarkt hat zu einem verschärften Wettbewerbs mit den übrigen deutschen Kohlenrevieren geführt. Um einen Ausgleich zu erreichen, warf sich der Ruhrbergbau mit aller Macht auf das Ausfuhrgeschäft und erreichte dabei einschließlich der Reparationsleistungen von rund 13,5 Mill. To. eine Gesamtausfuhr von nahezu 28 Mill. To. gegen 24 Mill. To. in 1913. Gegen 1924 ist die freie Ausfuhr gestiegen von 7 auf reichlich 14,5 Mill. To. Demnach wirkte auf die Kohlenausfuhr die englische Kohlenkonvention, die eine künstliche Preisentwertung für englische Kohle von 20,1 Schilling je Tonne im Juli 1925 auf 18,5 Sch. bis Ende 1925 herbeiführte. Die Preise für Ruhrkohle sind seit 1 1/2 Jahren im wesentlichen gleich geblieben — für Rotz haben sie im Laufe des letzten Jahres eine Ermäßigung um reichlich 10 Prozent erfahren — und liegen zurzeit etwa 20—23 Prozent über dem Vorkriegspreis. Der Preisstand der Kohle bewegt sich mithin erheblich unter demjenigen für sonstige Industriestoffe (ohne Kohle und Eisen mit Baustoffen) im Februar d. J., der nach dem amtlichen Großhandelsindex rund 49 Prozent höher war wie der Vorkriegsstand.

Der niederdeutsche Steinkohlenbergbau

hat 1925 ebenso wie schon 1924 die Förderung von 1913 etwas überschritten, seine Vorkriegsstände etwas verringert und seinen Schichtförderanteil für sich steigern können. Die Belegschaftszahl ist um 1 Schicht zurückgegangen. Man ist mit der Aufstellung eines umfassenden Gesundungsplanes beschäftigt, und es ist nur zu hoffen, daß es endlich den vereinten Bemühungen aller Beteiligten gelungen werde, zu einer wirklichen Gesundung zu kommen.

Im sächsischen Bergbau

bewegten sich Erzeugung und Absatz im wesentlichen in den gleichen Verhältnissen wie im Vorjahre. Die Belegschaftszahl wurde auf den Vorkriegsstand gebracht. Der Schichtförderanteil ist aber hinter dem Vorkriegsstand zurückgeblieben, wobei sich offenbar auch die ungünstigeren geologischen Verhältnisse geltend machen. Im sächsischen Steinkohlenbergbau hat die Jahresförderung 1925 den Vorkriegsstand um rund 300 000 To. überschritten. Den einzigen Rückblick in der deutschen Steinkohlenentwicklung hinsichtlich Förderung und mengenmäßigem Absatz bildet West-Ober-Sachsen. Im Juni 1925 betrug hier die Förderung 984 000 To., im Juli 1 367 000 Tonnen, im Oktober über 1 500 000 To. Die Belegschaftszahl hat sich dabei im Laufe des zweiten Halbjahres 1925 gegenüber der des ersten nur um knapp 5000 Mann vergrößert, auch sind keine neuen Förderanlagen in Betrieb gekommen, so daß die Förderleistung im wesentlichen auf eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Förderanlagen zurückzuführen ist.

Im Gegensatz zur Steinkohle, die mit ihrer Gesamterzeugung von 132 1/2 Mill. To. in 1925 noch etwa 8 Mill. To. unter der Produktion des Reiches in seinem jetzigen Umfang ohne Saar-gebiet im Jahre 1913 geblieben ist, hat

der deutsche Braunkohlenbergbau

keine Förderung an Kohle von 87,12 Mill. To. im Jahre 1913 auf 139,75 Mill. To. im Jahre 1925 gesteigert. Das ist eine Steigerung um 60,4 Prozent. Die Bruttoherstellung in 1925 übertrifft diejenige in 1913 um 11,5 Mill. To., das ist um etwa 52 Prozent. Der Hauptanteil an diesem Fortschreiten entfällt in Kohle auf das Röhre- und das ostelbische Braunkohlenrevier, in Bricketts überwiegend auf Mitteldeutschland.

Wie das Jahresergebnis von 1925 in Stein- und Braunkohle zusammengefaßt und dabei die Braunkohle nach dem bei den De-

ganen der Kohlenwirtschaft eingebürgerten Verhältnis mit zwei Reunten auf Steinkohle umgerechnet, so ergibt sich eine deutsche Gesamtjahresförderung in Steinkohle von 163,75 Mill. To. gegen 160,25 Mill. To. in 1913. Damit hat zum erstenmal seit Kriegsende die deutsche Jahreskohlenproduktion im jetzigen Reichsgebiet die des Jahres 1913 um 3,5 Mill. To. überschritten. Der Gesamtjahresverbrauch ist dagegen von 148 Mill. To. in 1913 auf 138,5 Mill. To. in 1925 zurückgegangen. Hierbei ist aber noch die starke Verschiebung im Verbrauch nach der Braunkohlenseite hin zu berücksichtigen. Der Anteil der Braunkohle am Gesamtkohlenverbrauch ist von 18 Prozent in 1913 auf 29 Prozent in 1925 gestiegen.

Der verminderte deutsche Kohlenverbrauch ist im wesentlichen nicht auf Ursachen von Dauerwirkungen, sondern auf Verhältnisse zurückzuführen, deren Behebung eine deutsche Existenzfrage bedeutet und daher mit allen Mitteln angestrebt werden muß. In erster Reihe gilt es, den geschwächten Inlandsmarkt zu stärken. Der deutsche Kohlenaußenhandel hat in 1925 schon ein verhältnismäßig günstiges Mengenbild entwickelt. Werden der freien Ausfuhr von 1925 die Reparationskohlenlieferungen von insgesamt 15 Mill. To. hinzugerechnet, so ergibt sich ein Auslandsabsatz von zusammen 34 Mill. To., der sich ungefähr mit demjenigen deckt, den Deutschland in seinem jetzigen Gebietsumfang in 1913, alles in Steinkohle umgerechnet, aufzuweisen hatte.

Die Steinkohlenförderung der Welt

hat, soweit sich bisher übersehen läßt, in 1925 mit 181 Mill. To. ziemlich genau das Ergebnis des Jahres 1923 erreicht, das des Vorjahres 1924 um 14 Mill. To. überschritten, ist aber um 36 Mill. Tonnen hinter dem von 1913 zurückgeblieben. An der Weltkohlenproduktion waren in 1925 Europa und Amerika ziemlich gleichmäßig beteiligt, ersteres mit 45,99, letzteres mit 45,91 Prozent. Damit hat das Kräfteverhältnis der beiden Erdteile auf dem Gebiete der Kohlenproduktion, das 1913 noch ein fühlbares Ueberwiegen Europas zeigte, nach einigen Schwankungen in der Kriegs- und Nachkriegszeit einen gewissen Ausgleich gefunden. Angesichts der

Zukunftsaussichten des Weltkohlenmarktes

und insbesondere des europäischen Kohlenbergbaues, ist es nur zu verständlich, wenn sich in den verschiedensten Ländern die Stimmen mehren, die nach einer internationalen Verständigung rufen. Aber die Schwierigkeiten, die gerade auf dem Gebiete der Kohle der Erreichung greifbarer Ergebnisse bei solchen Versuchen entgegenstehen, dürfen nicht unterschätzt werden. Darauf weisen schon die seit länger denn Jahrzehnte sich abspielenden, immer wieder zerfallenden Verhandlungen zur internationalen Regelung der Eisenwirtschaft hin, für die doch in einigen Zweigen bereits in der Vorkriegszeit internationale Vereinbarungen bestanden haben. Solange nicht ein ganz anderes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete besteht, werden alle Bemühungen zur internationalen Regelung der Kohlenwirtschaft nicht den gewünschten Erfolg haben können. Der deutsche Kohlenbergbau wird also wohl noch für absehbare Zeit auf sich selbst gestellt bleiben. Es wird dabei seine Aufgabe sein müssen, im einmütigen Zusammenwirken aller an ihm Beteiligten und unter Verwertung aller wissenschaftlichen, technischen und organisatorischen Fortschritte das Höchstmögliche, namentlich auch an Veredelung und Ausnutzung, aus dem unererschöpflichen Stoffe Kohle herauszubolen. Ausichten dafür und Wege dahin sind vorhanden und es kommt nur darauf an, daß sie auch erfolgreich ausgenutzt werden.

Herr W. v. H. o l d hat sich nach alledem offenbar bemüht, in seinem Bericht möglichst objektiv zu sein, das sei anerkannt. Trotzdem ist er in den fast allgemein üblichen Fehler verfallen, statt eines mittelmäßigen Jahres oder eines Zeitabschnitts das Jahr 1913 mit seinen bis dahin unerreichten Höchstzahlen zum Vergleich heranzuziehen, also

irreführende Vergleiche

zu sanktionieren. Das ist natürlich falsch, weil nicht ungleiche wie gleiche Größen behandelt werden dürfen. Zum Vergleich kann entweder nur das mittelmäßige Jahr 1909 oder allenfalls der Zeitabschnitt von 1909 bis 1913 herangezogen werden. In 1909 betrug die Förderung im Ruhrbergbau 82,50, in 1925: 104,11 Mill. To. Die Steigerung gegen 1909 beträgt also 21,61 Mill. To. gleich 25,7 Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 betrug die Ruhrkohlenförderung jährlich 95,07 Mill. To. Die Ruhrförderung von 1925 übersteigt diesen Durchschnitt mithin um 9,04 Mill. To. gleich 9,5 Prozent. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch im übrigen deutschen Bergbau.

Mit erfreulicher Klarheit hat W. v. H. o l d herausgestellt, daß die Stärkung des deutschen Inlandsmarktes für die deutsche Kohlenwirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Hier kommt es aber darauf an, Produktions- und Konsumkraft miteinander in Einklang zu bringen und einen möglichst großen Teil des beim Warenumsatz erzielten Preises in das Lohnvermögen zu überführen. Bisher ist aber immer genau das Gegenteil geschehen. Schon in der Vorkriegszeit stand das Lohnvermögen in keinem angemessenen Verhältnis zum Wert der Arbeitsleistung. In der Kriegs- und Nachkriegszeit hat sich dieses Verhältnis aber noch katastrophal verschlechtert. Durch Vohndruck auf der einen und Preisüberspannung auf der anderen Seite wurde die Kaufkraft systematisch erschöpft und der innere Markt zerstört. So sind wir in die heutige Tragödie hineingeführt, ohne daß es maßgebliche Kreise des Bergbaues irgendwie begriffen haben. So vertrat auch in der besagten Sitzung des Reichskohlenrats der Direktor des Ruhrinstituts, Bergat H e r b i g, die Auffassung, daß nur eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Senkung des industriellen Lohnniveaus uns retten könne. Ihm wurde von den Arbeitnehmervertretern u. a. entgegengehalten, daß die Konkurrenzländer uns in dieser Beziehung folgen könnten und dann wäre alles wieder wie es war. Ueber diese naheliegenden Zusammenhänge hat Bergat Herbig offenbar noch nicht nachgedacht und so kamen ihm die Einwände der Arbeitnehmervertreter so verblüffend, daß er schwieg.

In seinem schriftlichen Bericht über die Kohlenlage vom 16. Febr. 1926 führt der Reichskohlenkommissar St u z in Uebereinstimmung mit den Werkorganen die erneute Verminderung der Ruhrbelegschaft im Dezember 1925 auf die Lohnsenkung zurück und zwar in folgender Form:

„Während von der Grubenbelegschaft seit März allmonatlich etwa 10 000 Arbeiter zur Entlassung gekommen waren, war ihre Zahl von September bis November fast stabil geblieben. Ihre erneute Verminderung im Dezember steht im Zusammenhang mit der Lohnsenkung, die vom Reichsarbeitsminister durch Verzichtserklärung des Schlichters vom 1. November an angeordnet ist. Sie hat eine Lohnsenkung von durchschnittlich 6—7 Prozent gebracht.“

Die Arbeitnehmervertreter tabelten in der Sitzung des Reichskohlenrats scharf, daß sich St u z diese Auffassung der Werkorgane zu

eigen machte und in einem amtlichen Bericht niedergelegt habe. Die Lohnsenkung habe auch nicht 6—7, sondern nach dem „Glück auf“ nur 5,2 Prozent betragen. St u z verteidigte diese Auffassung mehr bestig als geschickt als seine eigene, womit er, allerdings unbewußt, dokumentierte, daß seine Mentalität mit der der Werksunternehmer übereinstimmt. Ebenjenseitig trat es ihm ins Bewußtsein, daß dem sozial- und wirtschaftspolitischen Verständnis der Werksunternehmer mit einer solchen Feststellung das denkbar schlechteste Zeugnis ausgestellt wird. Von den vorstehend gezeigten Zusammenhängen zwischen Produktions- und Konsumkraft haben sie offenbar nicht die geringste Ahnung, andernfalls wäre ihr Verhalten unverantwortlich.

Anschließend an den Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft erstattete Dimplomingenieur z u r M e d e n einen Bericht über die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse, worin er besonders hervorhob, daß die Verschmelzung und Verflüssigung der Kohle derartige Fortschritte gemacht habe, daß ihre industrielle Ausnutzung möglich sei, wodurch wir uns z. B. vom Erdölmarkt unabhängig machen könnten. Wir kommen auf diesen Bericht in einem anderen Zusammenhang zurück.

Sozialdemokratischer Antrag zur Zersplitterungstragödie.

Die Fraktion der SPD. hat im Reichstag eine Entschließung über die Umgestaltung der Stilllegungsausschüsse eingebracht, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, einen aus Vertretern der Unternehmer, der Arbeiter und Angehörten paritätisch zusammengesetzten Ausschuss einzusetzen, der bei beschleunigten Betriebsänderungen und Stilllegungen im Kohlenbergbau beauftragt ist, eine Prüfung der Verhältnisse dieser Betriebe vorzunehmen. Zu diesem Zweck sind dem Ausschuss alle für die Beurteilung der beschleunigten Maßnahmen notwendigen Unterlagen vorzulegen. Er hat das Recht, Sachverständige und Zeugen zu vernehmen. Die Stilllegung oder Einschränkung darf nur mit Zustimmung des Ausschusses erfolgen. Die Zustimmung ist nur zu erteilen, wenn die kommunalen Interessen in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung berücksichtigt sind. Wird die Zustimmung erteilt, so sind die zur Entlassung kommenden Arbeiter und Angestellten zu entschädigen. Die Entschädigungsbeträge sind auf den Kohlenbergbau umzulegen.“

Schweres Seilfahrtunglück auf Oberhausen I/II.

12 Tote, 12 Schwer- und 19 Leichtverletzte.

Bei der Anfahrt der Morgenschicht des 25. März ereignete sich auf Schacht Oberhausen I/II der Gutchoffnungshütte ein außerordentlich schweres Seilfahrtunglück. Infolge Durchgehens der Fördermaschine wurde der abwärtsgehende, mit 43 Mann besetzte Korb übertrieben und in hoher Geschwindigkeit auf die Fangbühne zwischen der 7. und 8. Sohle gestürzt. Der abwärtsgehende Korb wurde gegen die Seilseile gedrückt, wobei das Zwischenseil zerriss.

Nach den bisherigen Ermittlungen hat das Unglück 12 Tote, 12 Schwerverletzte und 19 Leichtverletzte gefordert. Bei drei der Schwerverletzten besteht Lebensgefahr.

Die amtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

Von unseren Kameraden werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Das Unglück ist auf ein Uebertreiben zurückzuführen. Ob Maschinendefekt vorliegt oder ob die Maschinen einen Fehler begangen haben, steht noch nicht fest. Jedoch erscheint letzteres, wie man aus dem Nachfolgenden ersehen wird, ziemlich ausgeschlossen.

Die Förderung ging nach der 7. Sohle, der Schacht bis zur 8. Sohle. Ob über dieser die vorgeschriebene Verringerung der Spurlatten (§ 88 der Bergpolizeiverordnung) vorhanden war, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden. Diese Verringerung soll nämlich dazu dienen, den fallenden Korb aufzufangen oder zum mindesten den Fall zu mildern. Es war dies der letzte Korb der einfahrenden Morgenschicht nach der 7. Sohle. Die höchstzulässige Zahl der Fahrenden war auf 40 Mann gesetzt. Auf dem Korb befanden sich jedoch 43 Mann. Das ist zwar eine Uebertretung der Vorschrift, als solche jedoch von keiner Bedeutung. Der hochgehende Korb war leer, so daß also eine einseitige Belastung vorhanden war. Als der hochgehende leere Korb unter die Seilseile schlug, riß das Zwischenseil. Das betreffende Seilende, an dem noch Teile des abgerissenen Zwischenseils hängen blieben, rutschte über die Seilseile hinweg bis vor die Öffnung des Maschinengebäudes. Das Seil war ganz neu und blieb vollkommen heil. Der leere Korb ist auf den Fangstühlen unter der Seile hängen geblieben.

Die Maschine steht seit 1904. Es ist ein sehr leichtes Modell und nach heutigen Begriffen veraltet. Die Höchstgeschwindigkeit bei der Seilförderung war auf 3 Meter festgelegt. Diese Grenze wurde meist überschritten, weil dann ein ruhigeres Fahren möglich war, besonders bei einseitiger Belastung. Ein Fahrtregler im eigentlichen Sinne des Wortes war nicht vorhanden, sondern nur ein Sicherheitsapparat, der im Notfall die Fallgeschwindigkeit auslösen sollte. Dieser Apparat wurde jedoch nicht benutzt.

Bei der Seilfahrt waren ständig zwei Fördermaschinen zu gegen. Als das betreffende Treiben ansetzte, stand der Fördermaschine hinter dem, der die Maschine führte. Beide beobachteten den Gang des Treibens. Als sie sahen, daß die Geschwindigkeit bis auf 20 Sekundenmeter stieg, versuchte der Fahrende, mit aller Gewalt zu bremsen und der hinter ihm Stehende rief ihm häufig zu: „Drück! und wem's ruckst!“ Er wollte damit sagen, daß der andere die Bremse aufdrücken sollte, auch wenn das Seil durch die Räderseile ruckte. Der andere drückte auch, vermochte jedoch das Treiben nicht zum Stehen zu bringen und mit einer Geschwindigkeit von etwa 10 Sekundenmeter schlug der Förderkorb auf der Fangbühne auf.

Verschiedene Tageszeitungen behaupten hartnäckig, daß das Unglück auf den Bruch der Königspange zurückzuführen sei. Das ist natürlich Unsinn. Wichtig ist, was der erste Bericht des Oberbergamts sagt, daß beim leeren Korb das Zwischenseil gerissen ist. Die Königspange ist ein Teil des Zwischenseils, was wohl die meisten, die jetzt davon reden, gar nicht wissen.

Verschiedene Tageszeitungen behaupten hartnäckig, daß das Unglück auf den Bruch der Königspange zurückzuführen sei. Das ist natürlich Unsinn. Wichtig ist, was der erste Bericht des Oberbergamts sagt, daß beim leeren Korb das Zwischenseil gerissen ist. Die Königspange ist ein Teil des Zwischenseils, was wohl die meisten, die jetzt davon reden, gar nicht wissen.

Ueber die Ursache des Unglücks schreibt das Oberbergamt Dortmund: Ueber die Veranlassung des Seilfahrtunglücks auf der Zeche Oberhausen sind unrichtige Darstellungen im Umlauf. Das Unglück ist ganz allein durch das Uebertreiben der beiden Fördermaschinen und dieses wieder dadurch veranlaßt worden, daß die Fördermaschine durchgegangen ist. Ueber das Förderseil noch das Unterseil sind gerissen. Das Zwischenseil am aufwärtsgehenden Korb, das die Verbindung zwischen Förderkorb und Seil herstellt, ist erst beim Anprall des Korbes gegen die Seilseile zerrissen worden. Also erst dann, als das Unglück bereits geschehen war. Der dabei fehllos gewordene obere unbeladene Korb ist aber unter den Seilseilen in den Fangstühlen aufgefangen worden. Der Grund für das Durchgehen der Fördermaschine ist noch nicht gefunden worden.

Fragen der Arbeiterversicherung.

Die Reichsknappschaft im Jahre 1924.

Nach dem RRS, vom 23. Juni 1923 hat der RRS. fünf Versicherungsarten für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten durchzuführen. Es sind dies die Krankenversicherung, die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, die Pensionsversicherung für Arbeiter, die Pensionsversicherung für Angestellte und die Unfallversicherung. Welches Ausmaß die einzelnen Versicherungszweige innerhalb der Knappschaft haben, das möge an der ersten Jahresabrechnung des RRS., die jedoch für das Jahr 1924 im Entwurf fertiggestellt wurde, gezeigt werden. Danach hatte

die Krankenkasse

im Jahresdurchschnitt einen Mitgliederbestand von 865 606 aufzuweisen. Es betragen ihre

Einnahmen	86 011 798,22 M
Ausgaben	70 567 677,12 "
Ueberschuß	15 444 121,10 M

Das Vermögen der Krankenkasse betrug am Schlusse des Berichtsjahres 38 831 930,40 M. Von den Gesamtausgaben entfallen auf eigentliche Versicherungsleistungen folgende Summen:

Krankenbehandlung durch Ärzte	9 500 475,39 M
Hare Leistung statt ärztlicher Versorgung	87 293,79 "
Krankenbehandlung durch Zahnärzte	413 783,47 "
Krankenbehandlung durch andere Heilpersonen	393 138,28 "
Arznei und sonstige Heilmittel	4 101 019,88 "
Krankenhauspflege	12 414 355,90 "
Krankengeld	32 734 778,02 "
Hausgeld	1 681 518,23 "
Tafelgeld	4 120,51 "
Hauspflege	1 124,95 "
Fürsorge für Genesende	281 308,61 "
Wochenhilfe und Familienwochenhilfe	2 592 952,25 "
Fürsorge im allgemeinen	168 284,07 "
Erbegeld	537 381,64 "
Ersatzforderungen für Wochenhilfe usw.	82 304,63 "
Summa 64 994 339,62 M	

Pensionskasse Arbeiterabteilung.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1924 727 767, am 31. Dezember 1924 731 687. Es betragen:

Einnahmen	129 840 219,25 M
Ausgaben	75 970 189,26 "
Ueberschuß	53 870 030,69 M

Das gesamte Vermögen der Pensionskasse konnte am Jahres- schluß 1924 noch nicht festgestellt werden, weil damals noch nicht feststand, wie Hypotheken, Schuldforderungen und sonstige Wert- papiere aus der Inflationszeit, die dem RRS. von den bisherigen Knappschaftsvereinen überwiesen wurden, aufgewertet wurden. Auf direkte Leistungen an Versicherte entfallen von den Gesamtaus- gaben der Pensionskasse folgende Beträge:

Leistungen für Pensionen und Leberungszulagen an Invaliden, Witwen und Waisen	69 434 315,99 M
Begräbnisbeihilfe für Invaliden, Ehefrauen der Invaliden, Kinder, Witwen und Waisen	430 490,58 "
Abfindungen bei Wiederverheiratung an Witwen und Waisen	110 426,00 "
Leistungen an invalide Pensionempfänger und deren Angehörige (Invaliden vor 1924)	779 784,33 "
Zusammen 70 755 016,90 M	

An Leistungsempfängern waren in der Arbeiterabteilung der Pensionskasse vorhanden:

	Januar nach § 25 RRS.	Dezember nach § 25 RRS.	Witwen	Waisen
Am 1. 1. 1924	63 383	84 543	84 543	86 654
Am 31. 12. 1924	80 329	92 501	92 501	94 944
Zugang 1924	16 946	7 877	7 858	8 290

Die Reichsinvalidenversicherung

Am 1. Juli 1924 für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und zum Teil von RRS. durchzuführen. Bis dahin unter- stand ein großer Teil der Bergarbeiter hinsichtlich dieser Ver- sicherung den Landesversicherungsanstalten. Nur soweit die frü- heren Knappschaftsvereine als Sonderanstalten gelten, hatten sie auch bis zum 1. Juli 1924 die Reichsinvalidenversicherung für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter durchzuführen.

An Mitgliedern hatte dieser Versicherungszweig am 1. Juli 1924 829 136 und am 31. Dezember 1924 836 059. Hier betragen:

Einnahmen	26 434 680,62 M
Ausgaben	21 226 022,57 "
Ueberschuß	4 808 658,05 M

Von den Ausgaben sind für direkte Leistungen an Versicherte folgende Beträge geleistet worden:

Renten	17 384 933,93 M
Zuschüsse zu Heilbehandlungskosten für Ver- sicherte, die für Rechnung des RRS. dem Heilberufsbereich unterzogen werden	11 135,03 "
Darlehenszahlung von Heilberufen	1 979 716,30 "
Hausgeld gemäß § 1271 RRS.	151 940,36 "
Allgemeine Hausgaben gemäß § 1274 RRS.	56 671,87 "
Mehrleistungen gemäß § 1400 RRS.	75,65 "
Zusammen 20 215 123,14 M	

Die Summe von 17 984 933,93 M an Renten ist nicht voll an Berechtigte des RRS. gezahlt worden. Ein Betrag von insgesamt 6 676 236,64 M war vom RRS. als Gemeinlast an die übrige Invalidenversicherung abzuführen. An Leistungsberechtigten waren in diesem Versicherungszweig vorhanden:

	Januar	Dezember	Witwen	Waisen	Zusammen
Am 1. 1. 1924	41 709	11 841	42 788	96 438	
Am 31. 12. 1924	50 915	12 449	45 449	109 904	
Zugang 1924	9 106	1 599	2 661	13 366	

Pensionskasse Angestelltenabteilung.

Am Anfang 1924 betrug die Mitgliederzahl 43 091, am 31. De- zember 1924 49 942. Es betragen bei ihr:

Einnahmen	17 422 262,33 M
Ausgaben	4 926 733,41 "
Ueberschuß	12 495 528,92 M

An direkten Versicherungsleistungen an die Angestellten- abteilung die Summe von 4 543 437,31 M gezahlt worden. Lei- stungsberechtigte hatte die Abteilung am Jahres- schluß:

	Januar nach § 25 RRS.	Dezember nach § 25 RRS.	Witwen	Waisen	Zusammen
Am 1. 1. 1924	163	229	328	760	
Am 31. 12. 1924	350	434	3613	1225	
Zugang 1924	187	95	195	475	

Die Angestelltenversicherung

hatte am 31. Dezember 1924 55 125 Mitglieder. Die Leistungsberechtig- ten gebildet sich wie folgt:

Einnahmen	3 877 134,83 M
Ausgaben	619 603,45 "
Ueberschuß	3 257 531,37 M

An direkten Versicherungsleistungen an die Angestellten- abteilung waren am Jahres- schluß vorhanden: 933 Leistungsberechtigter, 204 Witwen, 21 Waisen, 83 Invaliden- kinder, insgesamt also 1229 Berechtigte. Daraus wurden an Lei- stungen 441 330,12 M gezahlt.

Schlussergebnis.

Das gesamte Rechnungsergebnis aller Versicherungszweige sieht wie folgt aus:

Einnahmen	263 616 095,95 M
Ausgaben	173 720 266,95 "
Ueberschuß	89 895 829,00 M

Direkte Versicherungsleistungen an die Versicherten sind von der Knappschaft im Jahre 1924 160 954 347,09 M gezahlt worden. Die gesamten Verwaltungskosten betragen 11 025 299,33 M. Zum Kapital- und Sotage der Knappschaftsversicherung durch die Werts- besitzer sei mitgeteilt, daß Ende 1924 die Bergbauunternehmer mit nicht weniger als 32 887 970,63 M im Rückstande waren.

Vorkaufsrecht der Brandenburger Knappschaft.

In der Sitzung am 1. März beschloß der Vorstand auf An- trag des Kameraden Briewig, für den Tag der Krankenhausauf- nahme das Hausgeld und für den Entlassungstag das Kran- kengeld zu zahlen. Ein Antrag des Kameraden Hoffmann, die Beihilfe zu den Kosten für den Fahrweg auf 66% Prozent fest- zusetzen, soll erst näher geprüft werden. Weiter wurde einer An- regung stattgegeben, nach welcher den Mitgliedern das Reisegeld für die Fahrten nach den Krankenhäusern vor Eintritt der Reise ausbezahlt wird. In der

Bezirksversammlung.

die am nächstfolgenden Tage, also am 2. März, stattfand, nahmen die Delegierten Kenntnis von dem Rechnungsab- schluß für das Jahr 1924, desgleichen von dem Vorschlag der Krankenkasse für 1926. Zum dritten Gegenstand der Tagesordnung, der „Berichte- des“ vorsaß, stellte Kamerad Briewig namens der Arbeitnehmer- delegierten den Antrag, die in der Bezirksversammlung am 29. Mai 1925 beschlossenen Sondervorschriften dem Reichsknappschafts- verein zur Genehmigung einzureichen. Generaldirektor Deudell

gab darauf im Namen der Werkvertreter eine Erklärung ab, die sich an der Haltung der Werkvertreter in der Frage der Mehrleistungen nichts geändert hätte. Die Werkvertreter lehnen die Mehrleistungen ab, weil eine Vereinbarung über Verändern der Leistungen in der Pensionskasse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bisher nicht erreicht worden ist. Außerdem würde die Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz höchstwahrscheinlich die Erfüllung der Arbeitnehmerwünsche bringen. Kamerad Briewig sprach im Namen der Werkvertreter sein Bedauern über die ablehnende Haltung aus. Die Versichertenvertreter brachten hierauf folgende Entschlüsse ein:

„Die Arbeitnehmervertreter der Bezirksversammlung der Brandenburger Knappschaft erheben erneut die dringende For- derung auf sofortige Einführung der Mehrleistungen in der Kranken- und Pensionskasse. Das nunmehr jahrelange Fehlen der Mehrleistungen, insbesondere der Familienhilfe, hat zu unermesslichen Schädigungen des Gesundheitszustandes der Arbeit- nehmer des Bergbaues und ihrer Familien geführt, so daß ein unermessliches Eingreifen, sowohl aus rein menschlichen als auch aus wirtschaftspolitischen Gründen unbedingt erforderlich ist.“

Die Arbeitnehmervertreter stellen erneut fest, daß die Ein- führung der Mehrleistungen in der Brandenburger Knappschaft möglich ist und somit ein sachlicher Grund der Erfüllung der Arbeitnehmerforderungen nicht entgegensteht. Deshalb beantragen die Vertreter der im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer die Ein- legung der in der außerordentlichen Bezirksversammlung beschlossenen Sondervorschriften. Die Arbeitnehmervertreter er- warten, daß die Arbeitgebervertreter mit Rücksicht auf den ein- getretenen Gesundheitszustand dem Verlangen nachgeben.“

Vorkaufsrecht der halleischen Knappschaft.

In der halleischen Knappschaft, in der länger als ein Jahr kein ordnungsmäßiger Vorstand bestand, sind jetzt endlich auch die Vorkaufsrechte gewählt worden. Zum 1. Vorkaufenden ist der Werkvertreter Bergassessor Schulze, zum 2. stellvertretende Vorkaufenden unter Kamerad Reddigau und zum 3. stellver- tretenden Vorkaufenden der Geschäftsführer Roy als Angestellten- vertreter gewählt worden.

Aus der Praxis des Arbeitsrechts.

Entlassungsjahr der Betriebsvertretungen.

(§ 96 des Betriebsrätegesetzes.)

Eine Kalender- und Ledertarenfabrik in Leipzig brachte bei einer teilweisen Stilllegung ihres Betriebes drei Betriebsratsmit- glieder mit zur Entlassung. Die Zustimmung der Betriebsver- tretung war nicht gegeben. Es wurden aber einige Arbeitnehmer, die nicht zur Betriebsvertretung gehörten, in den betreffenden Abteilungen weiter beschäftigt. Die entlassenen Betriebsratsglieder klagten auf Fortzahlung des Lohnes. Das Obergericht der Stadt Leipzig entschied durch Urteil vom 5. Januar 1926 — O. 4892/1925 — zugunsten der Kläger, daß sie so lange Anspruch auf Weiterbeschäftigung bezw. Lohn hätten, als für sie geeignete Arbeiten, ganz gleich, in welcher Abteilung des Betriebes, vor- handen wären. Aus der Begründung:

„Sämtliche Kläger sind Mitglieder der Betriebsvertretung. Auch die Mittklägerin A. gehört als Ergänzungsmitglied dazu. (§ 15 Abs. 2 B. R. G.) Sie haben alle den Kündigungsschutz des § 96 B. R. G.“

Ihre Ansprüche auf Zahlung der Vergütung seit ihrer Ent- lassung werden mit dem Annahmevertrag der Beklagten begründet. (§§ 293 ff. B. R. G., verbunden mit § 96 B. R. G.) Die Kündigung der Kläger ist wirkungslos, wenn die Betriebsvertretung dazu ihre Zustimmung nicht erteilt hat. (§ 96 Abs. 1 B. R. G.) Nun sucht die Beklagte ihren Abwehigungsantrag hinsichtlich des Klägers S. zu- nächst mit der Stilllegung einer Abteilung ihres Betriebes und hinsichtlich der Mittklägerin A. und L. damit zu rechtfertigen, daß zwar noch andere Arbeiter mit gleichen Arbeiten beschäftigt wür- den, daß aber die Auswahl der zu entlassenden Arbeiter der Ent- scheidung der Beklagten überlassen bleiben müsse, weil die Mit- glieder der Betriebsvertretung keine Bevorzugung bei der Ent- lassung haben dürften.

Aber diese Einwendungen der Beklagten und ihre weiteren Ausführungen über die Verhältnisse in der Buchbinderei sind rechtlich verfehlt. Die Mitglieder der Betriebsvertretung sind die Vertreter der Arbeiterschaft, von ihr gewählt und aus den be- kannten Gründen ihrer präferierten Stellung gegenüber dem Arbeit- geber besonders gegen die Entlassung geschützt in der im § 96 B. R. G. geschilderten Weise. Aus dem eigenen Vortragen der Beklagten ergibt sich, daß hinsichtlich der Mittklägerin A. und L. eine gleichartige Beschäftigung möglich war. Dasselbe gilt tatsächlich auch für S. Aber selbst wenn man annehmen könnte, daß die Buchbinderei- abteilung stillgelegt worden sei, so war das Betriebsratsmitglied S. in die Abteilung zu versetzen, in der — wie un- bestritten ist — von einem anderen Arbeiter, der nicht Mitglied der Betriebsvertretung ist, Buchbinderarbeiten ausgeführt wur- den. Das ist auch der Standpunkt des Landgerichts Leipzig als Berufungsinstanz vom 27. Okt. 1922, 4 Dg. 125/21. Es war aber nicht einmal eine so einschneidende Maßnahme er- forderlich, die für einen anderen Arbeiter wirtschaftliche Nachteile bringt. Nach der berechtigten Darstellung des Klägers S. konnte er in der Fertigmacherei auch mit Buchbinderarbeiten beschäftigt werden. Mit Fertigmacherei ist nur ein Teil der Buchbinderei gemeint. Es ist dem Kläger S. wohl zuzutragen, daß er die gleichen Arbeiten, wie sie jetzt eine große Zahl von Arbeiterinnen verrichtet, verrichten kann. So mußte die Beklagte Sorge tragen, daß dem für diesen Kläger eine passende Beschäftigung gefunden werde, denn § 96 B. R. G. will aus den jastam bekannten Gründen die Vertretung der Arbeiterschaft möglichst vor einem fortgesetzten Wechsel bewahren. Die Ansprüche der Kläger sind deshalb berechtigt.“

Nach dieser Entscheidung haben also die Betriebsratsmitglieder ein unbedingtes Recht darauf, als letzte aus dem Betriebe entlassen zu werden. Es liegt an den gewählten Vertretern der Arbeit- erschaft, dieses Recht unter allen Umständen wahrzunehmen.

(Leipziger „Gewerkschafts-Zeitung“, Nr. 26, 15. 3. 26.)

Gewerkschaften und Betriebsräte.

Ein Betriebsrat hat das Recht, Kameraden in kollektiver Weise auf das Unbillbarke ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen, wenn dieselben Streikarbeit anzuhängen wollen. Das ist kein Grund zur Entlassung des Betriebsrats. (Landgericht Dort- mund, 19. November 1925.)

Die Mitteilung des Betriebsrats an die Arbeiter, daß eine Arbeit Streikarbeit sei, ist kein Grund zur Entlassung des Be- triebsrats. (Landgericht I Berlin, 9. Juli 1925, 23 E. 90, 2, Ge- werbe- und Kaufmannsgericht, Januar 1926, Spalte 225.)

Tariffähigkeit für den Ruhrbergbau.

Der Streikfrage betreffend Auslegung der Bestimmungen „Haupt- erwerber“ (§ 5 Ziffer 6 b des Tarifvertrags) und protokollarische Geltung dazu.

Unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsrats Deneke fand am 17. März eine Tarifkommission für den Ruhrbergbau statt. In derselben wurde darüber entschieden, ob das Einkommen der- jenigen Familienmitglieder, die nicht im Haushalt des Haupt- erwerbers leben, zu dem Einkommen der übrigen Familienmit- glieder mit hinzuzurechnen sei. Daraus sind folgende Grund- sätze verriacht:

Das Einkommen der nicht im Haushalt mit dem Haupt- ernährer lebenden Familienmitglieder ist gemäß der vorgenannten Bestimmungen in Anrechnung zu bringen, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

1. Hat das betreffende Familienmitglied seinen Wohnsitz im Aus- lande, so findet, sofern er Deutscher ist, eine Veranziehung seines Einkommens nicht statt.
2. Bezieht das betreffende Familienmitglied ein aus Lohn und freier Station zusammengesetztes Einkommen, so ist der in der freien Station bestehende Einkommenanteil nicht in Anrechnung zu bringen.
3. Wohnort das betreffende Familienmitglied, soweit es nicht unter Ziffer 2 fällt, wegen seines Berufes innerhalb Deutschlands, aber außerhalb des Wohnortes des Haupternährers, so ist von seinem Einkommen nur 75 % in Anrechnung zu bringen. Aus diesen Grundätzen können Nachforderungen für die Zeit vor dem 17. März 1926 nicht gestellt werden.“

Ist die Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern an Betriebs- ratsitzungen und Betriebsversammlungen im Betrieb gegen den Willen des Unternehmers Hausfriedensbruch?

(§§ 31 und 47 B. R. G., 123 R. S. G. B.)

Aus dem Urteil des Arbeitsgerichts Schweinfurt vom 12. März 1925 („Holzarb.-Ztg.“ Nr. 11926, Seite 3):

Es wird festgestellt, daß die Vertreter der wirtschaftlichen Ver- einigungen, soweit Mitglieder derselben im Betriebsrat oder Ar- beiterrat vorhanden sind, nicht gestört werden können, an den Sitzungen, sofern solche während der Arbeitszeit stattfinden und die Hinzuziehung der Vertreter unter Beobachtung der Vorschrif- ten des § 31 des B. R. G. beschloffen war, teilzunehmen und den vom Unternehmer zur Verfügung gestellten Raum zu betreten, auch wenn er sich innerhalb des Fabrikanwesens befindet.

(„Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung“, Nr. 1, Seite 4)

Eine teure Entlassung.

Das Landgericht Hamburg verurteilte einen Gastwirt zur Zahlung von 2240 Mk. Entschädigung an einen Kellner, der als Vorsitzender des Betriebsrats 20—25 Minuten den Betrieb ver- lassen hatte, um zu telefonieren. Das im Laufe befindliche Telefon zu benutzen, war ihm verboten. Die Benutzung des Fernsprechers machte sich notwendig, um ein Solal für eine für den Abend angeordnete Betriebsversammlung zu bestellen und wegen eines Anzuges für einen verstorbenen Kollegen. Nach Ansicht des Gastwirts war das Verlassen des Betriebes ein un- befügtes Verlassen der Arbeit und somit ein Grund zur fristlosen Ent- lassung. Das Obergericht hatte sich die Auffassung des Gall- wirts zu eigen gemacht. Das Landgericht war anderer Auffassung, es hob das Urteil des Obergerichts auf und verurteilte den Gastwirt zur Zahlung von 2240 Mk. und der gesamten Kosten. Es haben nur (?) sieb- zehn Termine stattgefunden.

(Leipziger „Gewerkschafts-Zeitung“, Nr. 26, 15. März 1926)

Die Not der Erwerbslosen und Kurzarbeiter.

Wie in der „Bergarb.-Ztg.“ bereits mitgeteilt wurde, hat die Organisationsleitung am 6. Januar d. J. eine Eingabe an das Reichskabinett und den Reichstag gerichtet, worin um Einführung einer Kurzarbeiterunterstützung und Erhöhung der Erwerbslosen- unterstützungsfälle erjudet wurde.

Mit Schreiben vom 12. März ging nunmehr die Antwort des Reichsarbeitsministers ein. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichsarbeitsminister. Berlin NW. 40, 12. 3. 26.“

IV 278/26.

Betr.: Kurzarbeiterunterstützung und Erwerbslosenfälle.

1. Kurzarbeiterfürsorge.

Die Reichsregierung, die die Entwicklung des Arbeitsmarktes mit kühnerer Sorge verfolgt, hat sich trotz starker Be- denken entschlossen, die Kurzarbeiterfürsorge vorübergehend wieder einzuführen. Im einzelnen darf ich auf die Anordnung vom 20. Februar 1926 (RWB. I, S. 105) Bezug nehmen.

2. Die Höchsthöhe der Erwerbslosenfürsorge

haben mit Wirkung vom 1. März 1926 durch die Anordnung vom 27. Febr. 1926 in gewissen Umfang eine neue Erhöhung erfahren. deren Einzelheiten Ihnen inzwischen bekannt geworden sein wer- den. Die Anordnung selbst ist im Reichsanzeiger bereits ver- öffentlicht und wird in der nächsten Nummer des „Reichsarbeits- blatts“ nochmals abgedruckt werden. (Unterschrift.)

In der zur Kurzarbeiterfürsorge erteilten Antwort verweist wir auf die Nr. 11 der „Bergarb.-Ztg.“ vom 13. März 1926. Der- selbst ist die erwähnte Anordnung vom 20. Febr. 1926 eingele- gehend behandelt. Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist in der gleichen Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ angezeigt.

Aus dem Kreise der Kameraden.

† UNSERE TOTEN †

Zahllose Katastrophe. Einer unserer besten Funktionäre, der Kamerad Ernst Linke, wurde unseren Reihen durch den Tod entrissen. Er hat in treuer Pflichterfüllung der Arbeiterfrage bis zur letzten Stunde gedient. Ehre seinem Andenken!

Zahllose Fischerbacherhütte. Der unerbittliche Tod hat uns einen unserer besten Vertrauensleute, den Kameraden Wilhelm Kraft, aus uns entrissen. Seine unermüdete Tätigkeit für den Verband war stets ein Vorbild. Sein Andenken halten wir in Ehren!

Verbrecherischer Anschlag oder ...?

In den letzten Tagen ging durch die Tagespresse eine unter dem 15. März aus Dortmund datierte Notiz, wonach auf der Zeche **Minister Stein** ein Junge auf dem Lebensband ein Bäckchen (was ist darunter zu verstehen?) mit 10 Sprenghütchen gefunden habe. Dieselben sollen von einer anderen Zeche stammen. Hinzugefügt wird, daß ein schreckliches Unglück hätte geschehen können und daß noch nicht festgestellt sei, ob Leichtsinn oder verbrecherische Absicht vorliege.

In der wirklich ehrlichen Absicht, Unfälle zu bekämpfen, sind wir stets bereit, leichtsinnige Handlungsweisen oder Lebertreibungen der Bergarbeiter aufs schärfste zu mißbilligen. Das haben wir hundert Male bewiesen. Auf der Gegenseite findet man diese ehrliche Absicht nicht. Dort werden zwar die geringsten Sünden der Bergarbeiter in reklamefähiger Aufmachung der Welt fundamente, dagegen werden die Kapitalverbrechen der Unternehmer und ihrer Organe gänzlich verschwiegen. Der Unbefangene wird den Eindruck nicht los, daß man mit den Sünden anderer eigene zu verdecken beabsichtigt ist.

Vorliegender Fall erscheint jedoch reichlich mysteriös. Möglich wäre derselbe überhaupt erst, wenn auf der anderen Zeche, von der die Hütchen herkommen sollen, eine ausgebrochene Mißwirtschaft mit Sprengstoffen betrieben wird. Und dann, falls ein Verbrecher geplant wäre, ist es unverständlich, warum der Verbrecher sich erst Sprenghütchen von einer anderen Zeche besorgt, um sie dann in die Kohlen zu werfen. Er kann solche auf der eigenen Zeche viel bequemer haben, indem er sie widerrechtlich entwendet. Zum Leichtsinn fehlen aber auch die Gelegenheitsmomente. Wer aber einen solchen begehen will, der unterwirft sich vorher keinen Kompliziertheiten. Leichtsinn bedeutet überhaupt Unachtsamkeit oder Unkenntnis der Handlung. Davon kann hier keine Rede sein. Falls also kein sonderbarer Kriminalfall aufgedeckt wird, bleibt angelehnt der reklamefähigen Ausnutzung der Geschichte ein sonderbares Gefühl zurück.

Wir können bei dieser Gelegenheit über eine andere Begebenheit berichten, die von entschieden größerer Gefahr begleitet war. Bismarck muß bemerkt werden, daß in diesem Falle die Schuld nicht bei den Bergarbeitern, sondern bei der Werkleitung liegt.

Auf der Zeche **Lothringen I-II** in Gerthe wurde am 12. März in der Mittagschicht im Revier des Steigers **Kind II** ein Wagen **Wachberge**, die bekanntlich sehr rasch sind, gefüllt. Dabei schlug aus dem Bergbaufen eine lichterloh flamme empor, so groß, als brenne ein Bund Stroh. Es handelt sich um jene gefährliche **Flüßpartie**, in der am 30. November 1925 eine Schlagwetterexplosion 27 Bergleute teils tötete, teils schwer verletzte.

Zur Erklärung dieses Vorfalles wird angegeben, daß man das Materialmagazin gesäubert und den Kehricht, in dem sich auch verstreuter **Karbid** befand, in einen Förderwagen geladen habe. Da der Wagen noch nicht voll war, habe man noch **Wachberge** hinzugeladen. Das aus den **Wachbergen** stehende Wasser habe den **Karbid** erreicht, so daß **Acetylen**gas sich entwickelte. Druck und Erwärmung sollen es zumege gebracht haben, daß sich das Gas beim **Freierden** entzündete. Wir nehmen aber an, daß nicht diese Umstände, wenigstens nicht sie allein die Entzündung herbeigeführt haben. In allen Magazinen gibt es noch vielerlei andere Dinge, die leicht zu Entzündungen neigen, z. B. mit **Öl** getränkte **Flußwolle**, **Hölzer** und vieles andere. Solche Dinge geraten auch in den **Kehricht**. Es ist deshalb mehr als leichtsinnig, diese in die **Grube** zu schenken.

Ein weiteres Beispiel! Im **Kompas** (Nr. 6 vom 20. März 1926) wird folgendes mitgeteilt:

„Ein Fahrteiler sah auf einer **Grube** (welcher? D. R.) des rheinisch-westfälischen Bezirks am 25. Januar bei Befahrung seines Reviers, daß Kleidungsstücke, welche die etwa 80 Meter tief in einem Abbau arbeitenden Bergleute zurückgelassen hatten, lichterloh brannten. Als Ursache des Brandes wurde festgestellt, daß die Leute eine von ihnen mitgenommene und an jener Stelle hingehängene **Reservelampe** unter ihren **Grubenkleidern** versteckt und angezündet hatten. Infolge **Wiederholung** der Lampe mit den Kleidern hatte die Hitze nicht entweichen können, durch die **Erwärmung** waren die **Benzingase** stärker nachgekommen, hatten den **Lampenfort** zum **Rotglüh** gebracht und hierdurch waren die **Kleider** in **Brand** geraten. Der **Stempel**, an dem die **Lampe** und die **Kleider** hingen, war, als sie der **Fahrteiler** antraf, bereits **stark angebrannt**. Es liegt auf der **Hand**, daß durch das **leichtfertige** Verhalten der **Bergleute** ein **gefährlicher** **Grubenbrand** hätte entstehen können. Bei einer etwa dadurch hervorgerufenen **Schlagwetterentzündung** wäre vermutlich deren **Ursache** völlig **verwischt** worden, so daß der **tatsächliche** **Anlaß** für die **Katastrophe** niemals **zutage** **getreten** wäre.“

Eine besondere Stelle der Unternehmer sammelt alle Dummdreien der Bergarbeiter, um sie dann mit der notwendigen Uebertreibung, Verdrehung und Entrüstung dem „Kompas“ zuzustellen. Sind diese oft zur **Schauer**massen aufgetriebenen **Geschichten** dort erschienen, dann besorgt sie diese Stelle an die **unternehmerfreundliche** **Tagespresse**. Auf diese Art erschien auch obiges am 25. März in vielen **Tageszeitungen**.

Aber warum wird denn so verschämmt verschwiegen, auf welcher **Grube** sich dieser Fall zugetragen hat? Schämt man sich etwa wegen der **übertriebenen** **Aufmachung**? Jeder **erfahrene** **Bergmann** kennt die **Unfälle**, **Reservelampen** unter die **Kleider** zu fangen; nicht um sie zu **verfechten**, wie es oben heißt, sondern, um das **Licht** abzublenden, weil ein **einsames** **Licht** für die **Augen** des **Bergmanns** immer **unerträglich** ist. Es ist dies **selbstverständliche** eine **Unflut**, dazu eine **verwerfliche**. Aber wie oft haben selbst höhere **Beamte** dieses **gesehen**, ohne auch nur ein **Wort** der **Mißbilligung** zu sagen. Nun, nachdem einmal die **Kleider** in **Brand** geraten sind, kommt diese **pharisäische** **Entrüstung**. Wenn man es **ehrlich** meint, so **bekämpfe** man mit uns diese **Unfluten** durch **Aufklärung**.

Mit derselben **Uebertreibung** wurde vor einigen **Monaten** ein **Fall** **verbreitet**, der sich auf einer **Zeche** bei **Hamn** zugetragen hat. Nach der **damaligen** **Mitteilung** habe ein **Bergmann** **Zigaretten** und **Streichhölzer** in die **Grube** **hineingenommen**. Daran wurde die **übliche** **Entrüstung** **gemüßt**. Wir haben **nachher** **festgestellt**, daß **gar** kein **Bergmann**, sondern ein **Student** es **gewesen** ist, der **vorübergehend** in der **Grube** **Arbeit** **verrichtete**.

Schon einmal haben wir an dieser Stelle betont, daß die **Unternehmer** und die **ihnen** **dienbare** **Presse** gern **einen** **Mordspieß** **über** das **Streichholz** des **Bergmanns** **antun**, während **andere**, **von** den **Unternehmern** **verursachte** **Verfahren**, die **tausendfach** **größer** sind als **dieses** **Streichholz**, **verschwiegen** werden. Wir **verweisen** bei **dieser** **Gelegenheit** auf die **Jahrbuch** **Automotiv**, die **ständig** im **Ruhrbergbau** **Funktionen** **von** sich **freuen**. **Summerte** **dieser** **Automotiv** **laufen** **fortwährend** in den **Gruben**, so daß **auch** **der** **Außenstehende** **ermessen** kann, wie **riesengroß** diese **Gefahr** ist. Was ist **dagegen** das **einsame** **Streichhölzchen**? Uns **liegen** **unmengen** **von** **Uebertreibungen** **der** **Bergpolizei** **verurteilung** **durch** die **Wertsorgane** **vor**. In **hundert** **Fällen** **sind** **Wagen** **mit** **glühender** **Asche** **oder** **Schlacken** **in** die **Grube** **hineingebracht** worden. **Wiesach** **wird** **in** **Schlagwetter** **geschossen**; wenn **dies** **auch** **unter** **Aufsicht** **eines** **höheren** **Beamten** **geschieht**, so **ist** **damit** **die** **Gefahr** **nicht** **beseitigt**. In **hundert** **von** **hundert** **Fällen** **kann** **nachgewiesen** werden, daß die

Wetterwege in einem vorchristlich-widrigen Zustande sich befinden. Nichts davon findet man in der unternehmerfreundlichen Presse. Daran kann man ermessen, wie nichtswürdig die Ausnutzung einer jeden kleinen Sünde der Bergarbeiter ist.

Unsere Betriebsräte fordern wir auf, uns über alle besonders charakteristischen Vergehen der Bergarbeiter sofort zu berichten. Natürlich muß dieses in der gewissenhaftesten Art und Weise geschehen. Dieselbe Gewissenhaftigkeit erfordern wir aber auch dann anzuwenden, wenn solche Vergehen durch die Wertsorgane vorliegen. Insbesondere interessiert uns auch, zu erfahren, wie sich die Bergbehörde zu den einzelnen Fällen stellt.

Die Ursache der Unfallsteigerung im Ruhrbergbau.

Die steigenden Unfallziffern im Steintohlenbergbau des Ruhrgebietes sind in den letzten Jahren oft Gegenstand von Verhandlungen in Untersuchungsausschüssen, Parlamenten und Behörden gewesen. Man hat eine Grubensicherheitskommission geschaffen, um die Unfallgefahren zu bekämpfen, und trotz alledem steigern sich die Unfälle von Jahr zu Jahr. Die Unternehmerpresse hatte zunächst versucht, zu leugnen, daß dies der Fall ist. Es mögen hier deshalb Zahlen angeführt werden, die das Steigen der Unfälle im Ruhrbergbau einwandfrei beweisen.

Jahr	Abgeschlossene Erntungen wegen Betriebsunfällen	Unter 1000 Mann der Belegschaft	Tödliche Unfälle auf 1000 Beschäftigte	Leistungsergebnis pro Kopf und Schicht der Belegschaft im Jahresdurchschn.
1922	56 136	107	2,08	0,633
1924	68 523	154	2,28	0,858
1925	75 657	173	2,84	0,946

Den Unfallzahlen haben wir auch die Zahlen über das Leistungsergebnis pro Kopf und Schicht der Belegschaft im Jahresdurchschnitt angefügt und da ergibt sich, daß die Steigerung der Unfälle mit der Steigerung des Leistungsergebnisses zunimmt. Das Hinaufstreben des Leistungsergebnisses von 0,633 Lo. in 1922 auf 0,946 Lo. in 1925 hat eine Erhöhung der Unfälle, d. h. d. Verlehte krankfeiern mußte, von 107 auf 173 unter 1000 Mann der Belegschaft bedingt. Danach muß angenommen werden, daß das Hinaufstreben des Leistungsergebnisses in erster Linie nicht auf die **Ums- und** **Besserorganisation** der **Betriebe**, sondern in der **Haupt** **sache** auf die **größere** **Antreiberei** der **Bergarbeiter** **zurückzuführen** ist. Wenn die **Leistungs** **erhöhung** der **Besserorganisation** der **Betriebe** und dem **Ausbau** **technischer** **Einrichtungen** zu **verdanken** wäre, so **dürften** die **Unfallzahlen** **nicht** **in** **einem** **solchen** **Maße** **steigen**.

Scharfmacher an der Arbeit.

„Durch Frechheit zum Erfolg“

Am 23. März tagten in Essen die Generalversammlungen des Bergbauischen Vereins und des Bechenverbandes. Die Tagung wurde durch ein Referat des Geschäftsführers, Bergassessor von Löwenstein, unter dem Motto: „Durch Frechheit zur Arbeit“ geleitet. Bei aufmerksamer Betrachtung des Berichts muß man jedoch zu der Ueberzeugung kommen, daß dieses Motto für die Tagung durchaus unangebracht war. Viel genauer ließe sich der Geist dieser Tagung und der des Geschäftsführers von Löwenstein kennzeichnen durch das Wort: „Durch Frechheit zum Erfolg.“ Die Unternehmer arbeiten fieberhaft an einer Beeinflussung der Öffentlichkeit in dem Sinne, überall den Gedanken aufzukeimen zu lassen, daß das jetzige Chaos innerhalb der Wirtschaft nicht etwa den **Welterschein** der **Wirtschaft**, den **Industrie** **kapitalisten**, sondern den **Opfern** der **Krise** **zur** **Last** **gesprochen** werden **müßte**. **Trotzdem** die **Not** **in** **hunderttausenden** **von** **Familien**, deren **Ernährer** **erwerbslos** sind, geradezu zum **Himmel** **schreit**, **trotzdem** die **Parlamente** **einen** **großen** **Teil** **ihrer** **Zeit** **und** **Kraft** **nur** **diesem** **brennenden** **Problem** **zu** **opfern** **haben**, **entblödet** **sich** **der** **gut** **zu** **bedenken** **und** **wahrscheinlich** **in** **den** **besten** **Verhältnissen** **lebende** **Bergassessor** **von** **Löwenstein** **nicht**, die **notleidenden** **Erwerbslosen** **folgendermaßen** **zu** **verhöhnen**:

„Es wurde hierzu auf die mit der **Entwicklung** der **Erwerbslosenfürsorge** **gemachten** **Erfahrungen** **verwiesen**. Wenn es **vorkommen** **könnte**, daß **Belegschaftsmitglieder** **absichtlich** **in** **der** **Leistung** **zurückblieben**, **um** **dadurch** **eine** **Rückbildung** **und** **Uebertreibung** **in** **die** **Erwerbslosenfürsorge** **zu** **erreichen**, **oder** **daß** **eine** **Zeche** **ihren** **Bedarf** **an** **Hauern** **trotz** **großer** **Arbeitslosigkeit** **am** **Betriebsstillstand** **des** **Wertes** **wegen** **der** **erwerbslosen** **Bergarbeiter** **sich** **wiegerten**, **die** **Arbeit** **wieder** **anzunehmen**, **so** **habe** **das** **ganze** **Problem** **der** **Erwerbslosenfürsorge** **seinen** **Sinn** **verloren**.“

Das ist wohl der **höchste** **Vorwurf**, der **bisher** **in** **so** **offizieller** **Weise** **den** **Bergarbeitern** **gegenüber** **erhoben** **worden** **ist**. Die **Steigerung** **der** **Leistungs** **ergebnisse**, die **am** **weitesten** **und** **überall** **verbreitet** **wurden**, **trafen** **die** **Ausführung** **v. Löwenstein** **so** **handgreiflich** **übel**, daß **sich** **jeder** **weitere** **Kommentar** **erübrigt**. Wenn die **Unternehmer** **keine** **anderen** **Argumente** **mehr** **haben**, als **diese** **Methode** **der** **allgemein** **gehaltenen** **Devotierung** **und** **des** **noch** **in** **einer** **Zeit**, da **insolge** **des** **geradezu** **verbrecherischen** **Antreibens** **in** **der** **Bergbau** **ein** **Unglück** **das** **andere** **ablöst** **und** **Opfer** **auf** **Opfer** **diesem** **System** **dargebracht** **werden**, **so** **richteten** **sie** **sich** **in** **den** **Augen** **aller** **anständig** **Denkenden** **selbst**.

Auf jeden Fall zeigt sich aber, daß die **Unternehmer** **im** **Ruhrbergbau** **einen** **gefährlichen** **Weg** **beschritten** **haben**. Dieser **Weg** **ist** **zu** **einer** **weiteren** **Verabsolutung** **des** **Lebenshaltungsstandes** **der** **Bergarbeiter** **führer**. **Nicht** **nur** **Arbeitszeitverlängerung** **und** **Verkürzung**, sondern **auch** **der** **Ausbau** **der** **Sozialversicherung** **und** **Beseitigung** **der** **Erwerbslosenfürsorge** **und** **aller** **Unterstützungen**, die **der** **sozialen** **Not** **entsprechen**, **ist** **ihre** **Ziel**. **Auf** **diesem** **Weg** **zu** **diesem** **Ziel** **prangt** **das** **Motto**: **„Durch Frechheit zum Erfolg!“**

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Betriebsrätemahl im Ruhrgebiet.

Die **Betriebsrätemahlen** **haben** **mit** **einem** **großen** **Erfolg** **für** **den** **alten** **Bergarbeiterverband** **begonnen**, die **freien** **Gewerkschaften** **am** **25. März** **begonnen**. **Von** **217** **Wahl** **in** **den** **Betrieb** **bestimmten** **Becken** **liegt** **das** **zur** **Stunde** **das** **Wahlergebnis** **von** **118** **Schächtanlagen** **vor**. **Darunter** **haben** **Stimmen** **erhalten**:

Freie Gewerkschaften	102 912
Schriftliche Gewerkschaften	89 251
Sirisch-Dundersche Gewerkschaften	3 217
Kalauerische Berufsvereinigung	467
Selbst	2 735
Syndikalistinnen	4 318

Die **freien** **Gewerkschaften** **haben** **auf** **diesen** **118** **Schächtanlagen** **gegenüber** **dem** **Vorjahre** **über** **ein** **Drittel** **Stimmen** **gewonnen**. **Alle** **anderen** **bleiben** **weit** **hinter** **zurück**. **Nach** **diesem** **Ergebnis** **kann** **man** **damit** **rechnen**, daß **der** **alte** **Bergarbeiterverband** **zwei** **Drittel** **aller** **Stimmen** **erhalten** **wird**.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe.

Die **Abwärts** **krise** **im** **rheinisch-westfälischen** **Steintohlenbergbau** **hält** **in** **unverminderter** **Schärfe** **an**. **Auch** **in** **der** **Berichtswoche** **haben** **wiederum** **größere** **Betriebs** **einrichtungen** **und** **eine** **Betriebs** **einrichtung** **(Dannibal II)** **stattgefunden**, **wovon** **insgesamt** **über** **2000** **Bergarbeiter** **betroffen** **wurden** **sind**. **Weitere** **Betriebs** **einrichtungen** **und** **Betriebs** **einrichtungen** **stehen** **bevor**, **da** **bereits** **Verhandlungen** **hierüber** **stattgefunden** **haben**. **Bei** **der** **Gesamt** **lage** **des** **Ruhrbergbaues** **sind** **zurzeit** **zwischen** **örtliche** **Ausgleichsmöglichkeiten** **innerhalb** **des** **Betriebes** **so** **gut** **wie** **gar** **nicht** **vorhanden** **und** **auch** **zwischen** **betriebliche** **Vermittlungsmöglichkeiten** **in** **andere** **Landesteile** **bestehen** **gegenwärtig** **nur** **in** **geringem** **Umfange**.

Die **Zahl** **der** **Freiwilligen** **betrug** **in** **der** **Woche** **vom** **8. bis** **13. März** **wegen** **Abgang** **191 800**, **d. h. arbeitsfähig** **31 967**, **und** **wegen** **Betriebs** **förderung** **17 433**, **d. h. arbeitsfähig** **2906**.

Eine Revierkonferenz unseres Verbandes

fand am 21. März in Bochum statt. Zwei Punkte waren es, die die Konferenz beschäftigten: der Jahresbericht, gegeben vom Kameraden Schröder, und ein Vortrag über die Lage im Steintohlenbergbau, gehalten vom Kameraden Meier. Bei Erstattung des Geschäftsberichts bot sich Gelegenheit, die trübten Erinnerungen nachzurufen, die das Unternehmertum durch seine Maßnahmen erzeugte. Bei den Betriebsbeschränkungen während des Berichtsjahres hat nicht immer die Gemeinnützigkeit, sondern in vielen Fällen der Egoismus die entscheidende Rolle gespielt. Als Beweis diene Rede Alte Daale. Die Rede Glüdauffen fingierte sogar eine Stillelegung, indem sie den Betrieb für zwei Tage schloß, dann wieder Arbeitsgelegenheit bot, um sich des Betriebsrats zu entledigen. Die schärfste Mißbilligung fand das Vorgehen der Unternehmer wegen der Einführung der sogenannten planmäßigen Seilschaft, wobei ohne Zweifel ein bestehender Vertrag verletzt wurde. Die Hartnäckigkeit der Unternehmer, vereinbarte Verträge einzuhalten, kommt am besten zum Ausdruck in den von der Arbeiterschaft angelegten Klagen. So konnte der Berichtserfasser mitteilen, daß gegenwärtig für das Ruhrrevier noch 28 Klagen am Landgericht anhängen, welche ein Klageobjekt von etwa 50 000 Mt. darstellen und sich nur aus dem Tarifvertrag rekrutieren.

In der **Aus** **sprache** **beteiligten** **sich** **Delegierte** **aller** **Verwaltungsstellen** **des** **Ruhrgebietes**, die **eine** **geradezu** **vernichtende** **Kritik** **an** **den** **Willkür** **des** **Unternehmertums** **gegenüber** **der** **Arbeiterschaft** **übten**.

Selten hat das Ruhrrevier eine Revierkonferenz aufzuweisen gehabt, die einen solchen harmonischen Charakter trug, wie die am 21. März stattgefundenen. Würde Kritik geübt, die, wie gesagt, vernichtet war, so galt diese Kritik nur dem auf Egoismus eingestellten Unternehmertum, das keinerlei Gemeinwohl gelten läßt. Aber auch einheitlich kam das **Gesamte** **von** **allen** **Wippen**, daß es vornehmste Aufgabe der Arbeiterschaft sein müsse, den Kampf mit dem Unternehmertum nur mit der **Aus** **sicht** **auf** **Erfolg** **führen** **zu** **können**, wenn er von der **gesamten** **Arbeiterschaft** **Schulter** **an** **Schulter** **geführt** **wird**, was **nur** **geschehen** **kann**, wenn **alle** **Arbeiter** **sich** **der** **Notwendigkeit** **der** **Vereinigung** **nicht** **mehr** **verschließen** **und** **sich** **den** **Organisationen** **anschließen**. **In** **diesem** **Sinne** **zu** **wirken** **gelobte** **die** **Konferenz**.

Folgende Entscheidung fand einstimmige Annahme:

Die am 21. März 1926 in Bochum tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrrevier nimmt erneut Stellung zur Lage im Bergbau. Sie erhebt entschiedenen Protest gegen das willkürliche und rücksichtslose Vorgehen der Bergwerksunternehmer. Betriebsstilllegungen und -einschränkungen werden nur von privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus vorgenommen. Die Interessen der Gemeinden und der Arbeiter bleiben vollständig unberücksichtigt. Not und Elend, Vernichtung von Arbeitskraft sowie Verkümmern ganzer Kreise und Gemeinden sind die Folgen.

Die Konferenz erkennt an, daß **Wohlfahrt** **und** **Förderung** **in** **Einfluss** **gebracht** **werden** **müssen**. **Diese** **Aufgabe** **kann** **und** **darf** **aber** **nur** **nach** **vollständiger** **Gesichtspunkten** **unter** **Beachtung** **der** **Interessen** **der** **Gesamtheit** **gelöst** **werden**. **Dies** **ist** **nur** **möglich** **unter** **gleichberechtigter** **Mitwirkung** **der** **Bergarbeiterverbände**.

Die Konferenz bekennt sich **des** **wegen** **erneut** **zu** **den** **in** **der** **Deutsche** **der** **Verbandes** **der** **Bergarbeiter** **Deutschlands** **vom** **20. Aug. 1925** **und** **in** **der** **Entscheidung** **der** **Revierkonferenz** **vom** **23. Aug. 25** **aufgestellten** **Forderungen**.

Sie bedauert lebhaft die **Passivität** **der** **Reichsregierung**, welche eine **direkte** **Unterstützung** **der** **Unternehmer** **bei** **der** **Aus** **haltung** **der** **Gemeinden** **und** **Gewerkschaften** **in** **dieser** **Frage** **bedeutet**. **Wird** **die** **dem** **Reichswirtschaftsministerium** **am** **17. Sept. 1925** **von** **den** **Bergarbeiterverbänden** **unterbreiteten** **spezialisierten** **Forderungen** **haben** **dieselben** **eine** **Antwort** **über** **die** **Stellungnahme** **des** **Reichswirtschaftsministers** **bis** **jetzt** **nicht** **erhalten**.

Die Konferenz beauftragt die **Bezirksleitung**, den **Verbandsvorstand** **zu** **erfragen**, nichts **unverzüglich** **zu** **lassen**, um die **aufgestellten** **Forderungen** **zur** **Anerkennung** **zu** **bringen**.

Ferner erhebt die Konferenz **schärfsten** **Protest** **gegen** **die** **rücksichtslose**, **unmenschliche** **Behandlung** **der** **Arbeiter** **durch** **die** **Beckenverwaltungen**. **Die** **Antreiberei** **hat** **nie** **gekannnte** **Formen** **angenommen**. **Mißliebige** **Arbeiter** **werden** **entlassen** **und** **andere** **dafür** **eingestellt**. **Durch** **Umdrohung** **wirtschaftlicher** **Schädigungen** **werden** **die** **Arbeiter** **tarifwiderig** **Verlangen** **gefügt** **zu** **machen** **versucht**. **Zum** **Schutz** **gegen** **diese** **unwürdige** **Behandlung** **gibt** **es** **nur** **ein** **Mittel**: **das** **ist** **eine** **gute** **Organisation**. **Die** **Konferenz** **ruff** **deshalb** **die** **Bergarbeiter** **auf**, **sich** **dem** **Bergarbeiterverband** **anzuschließen**.

Unfallverhütungspropaganda.

III.

Unfallbekämpfung im Bergbau.

Die bisherige Unfallbekämpfung bestand, abgesehen von der Selbstschulung eines gewissen Teiles der Bergarbeiter, nur aus Vorschriften der Bergpolizei. Und der Geist dieser Vorschriften? Es muß... Es ist verboten... Zuwiderhandlungen werden bestraft... Warum es sein soll und warum es verboten ist, brauchte der Bergmann nicht zu wissen. Bedenktliche Berggeräte wiederholten immer wieder im Bruchton der Ueberzeugung, daß, wenn die Vorschriften genau erfüllt würden, keine Unfälle passierten. Zu mehr reichte es eben bei ihnen nicht.

Wie widerständig behördliche Vorschriftenwirkten wirken kann, soll an einem Beispiel gezeigt werden: Beim Schießen mit Sicherheits Sprengstoff (Wettersprengstoff) darf eine Höchstlademenge (Kartonzahl) nicht überschritten werden. Zuwiderhandlung wird schwer bestraft! Aber warum denn die Höchstlademenge? Etwas deshalb, um bei Uebertretung bestrafen zu können? Kein Arbeiter, ihr gelehrten Herren: welcher Bergmann ist zuverlässiger — derjenige, der nur die Bestrafung kennt, oder ein solcher, der den Charakter des Sicherheits Sprengstoffes und somit Sinn und Zweck der Verordnung kennt? Schreiber dieser Zeilen stellte einmal an einen Kreis versammelter Bergarbeiter Fragen über den Zweck dieser Bestimmungen. Nur ein sehr geringer Teil konnte eine annähernd gute Antwort geben. Nach der darauf erfolgten Aufklärung wurde geantwortet, daß dann die Bestimmungen widerständig seien, weil man doch beim Schießen mit dem gefährlichen Dynamit das Bohrloch vollstopfen dürfe. Diese Denkwaise ist gar nicht unlogisch im Vergleich zu der Tatsache, daß, bei einer kürzlich erfolgten Kohlenstaubexplosion, die durch eine Sprengung mit Dynamit verursacht wurde, ein namhafter Unternehmervertreter zur Verteidigung anführte, man dürfe doch einen Schlag mit beliebig viel Dynamit befehlen.

Wo die eigene Ueberzeugung fehlt, sind auch die Vorschriften nutzlos und sie werden nur dann befolgt, wenn die Gefahr der Bestrafung droht. Ist „die Luft rein“, dann drängt der Ueberzeugungsmangel zur Uebertretung des Uebels, das doch nur dazu da sei, um ihn, den Bergmann, zu stricken. „Die Bergleute müssen zu uns, der Bergbehörde, Vertrauen haben!“ Gewiß, so sollte es sein, es ist aber gegenständig. Anspruch auf Vertrauen hat derjenige, der es sich zu erwerben versteht. Mit wenigen löblichen Ausnahmen besteht dagegen zwischen Unternehmern bezw. ihren Organen und den Beamten der Bergbehörde eine geradezu rückwärtige Vertrauenslosigkeit, doppelt und dreifach mehr als notwendig.

Also die Bergarbeiter müssen über den Sinn der Vorschriften belehrt werden. Die Belehrung kann auf verschiedene Arten erfolgen. Ein brauchbares Mittel kann das Unfallbild sein, wenn man ihm eine geeignete Form gibt. Wer aber meint, daß man mit den Unfallbildern allein eine erfolgreiche Unfallverhütungspropaganda im Bergbau betreiben könnte, der befindet sich in einem bedauerlichen Irrtum. Als Glied eines systematischen Propagandazuges wird das Unfallbild wirksam sein. Zu diesem Propagandazug gehören weiter belehrende Vorträge, die man unter Zuhilfenahme des Bildes und des Films interessant ausgestalten kann. Wir haben bereits in dem ersten Aufsatz über Unfallverhütungspropaganda („Bergarb.-Ztg.“ vom 13. Februar d. J.) auf die Vorträge von Professor Wempe verwiesen. Des Weiteren gehören dazu Experimentalkontrollen; an erster Stelle solche, welche die Vergleiche über die Eigenschaften der in der Grube auftretenden Gase aufklären. Leider ist es unmöglich, die anerkannt guten Experimente auf der Versuchsstrecke in Dorne einer größeren Anzahl von Bergarbeitern zugänglich zu machen. Bei gutem Willen kann aber jede Grube mit einem Kostenaufwand von nur einigen Mark eine kleine Vorführungsanlage schaffen. Dazu braucht man nur einige Glasfäden, die, mit Methan oder Kohlenäure gefüllt, für diese Zwecke genügen. Man kann so das Verhalten der Wetterlampe und anderer Grubengasanzeiger in verständlicher Weise vorführen und gleichzeitig Verhaltensmaßregeln bei Gefahren erklären. In wenigen Monaten könnte man die Ortsämter, später alle übrigen Samter aufklären.

Ebenso können die Gefahren des Kohlenstaubes und die Eigenschaften der Sicherheits Sprengstoffe und der Dynamite auf einzelnen Gruben vorgeführt werden. Ein Musterbeispiel bietet die erwähnte Versuchsstrecke. Dort werden sogenannte offene Sprengstoffe und Kohlenstaubexplosionen vorgeführt. Es werden hierbei im freien einzelnen Sprengstoffpatronen und in Verbindung damit auch Kohlenstaub zur Explosion gebracht. Gleichzeitig wird die Wirkungswirkung des Sprengstaubes demonstriert. Es würde sich empfehlen, daß von der Versuchsstrecke hierfür besondere Richtlinien ausgearbeitet werden zwecks Vorführung derselben Experimente auf den Gruben. Bei der geistigen Schwerfälligkeit (oder sind es andere Ursachen?) der Unternehmer wird es sich weiter empfehlen, sie oder ihre Organe auf der Versuchsstrecke für solche Vorführungen einzuschulen, und wenn alle Maßnahmen durch die Bergbehörde, solche Experimente den Belegschaften vorzuführen, ungeschickt bleiben, muß auf dem Verordnungsweg eingegriffen werden. Es ist nun einmal bekannt, daß die Unternehmer in dieser Hinsicht viel konterbätiver eingestellt sind als die Bergleute.

In der hinter uns liegenden Zeit geschah rein gar nichts zur Belehrung der Bergarbeiter. Dem Druck der Arbeiterorganisationen folgend, hat man vor einigen Jahren die Berufsämter für die betriebsnahen Bergarbeiter eingerichtet und endlich werden in nächster Zeit eine besondere Samterbildung und der Samterbildung vorgeschrieben. Die Unternehmer sehen auch diesen Fragen abweisend gegenüber. Nur geringen Nutzen tun sie sich. Das bezeugt ihre Einstellung überhaupt. Wir sind nicht im Zweifel, daß sie auch vorliegende Vorschläge in ihren wesentlichen Teilen ablehnen. Jeder anständige Mensch kann daran ablesen, auf welcher Seite der richtige Wille zur Unfallbekämpfung liegt.

In Amerika reisen Wanderlehrer durch die Bergbauviertel, herzu mit allen Schritten ausgerüstete Eisenbahnwagen zur Verfügung stehen. Eine solche Einrichtung wäre bei unseren territorialen Verhältnissen überflüssig. Unsere vorstehenden Anregungen nebst dem Vorhandenen würden ausreichen genügen. In der „Bergarb.-Ztg.“ vom 16. Dezember 1925 lobt Direktor André (Hann), Mitglied der Grubensicherheitskommission, die amerikanische Propaganda und meint: „Amerika, du bist es besser!“ Diesen Satz greift er im der daß gegen die deutschen Bergarbeiterorganisationen aus seiner bedruckten Brust. Dabei vergißt er oder er vergißt es nicht, daß in den wesentlichen amerikanischen Bergbauvierteln die Beiträge des organisierten Samters von dem Beruf abgehoben und an die Organisationen abgeführt werden. Der Verbandstreiter ist neben dem Betriebsleiter die wichtigste Person auf den Gruben. Anders sieht's Schmerz kann gehindert werden; erhebe er nur mit im Sinne anderer christlichen Botschaften, falls kein Wunder das gegen jeden Andersdenkenden dies zuläßt.

Am wichtigsten dürfte die Einzelunfälle zu bekämpfen sein, die doch den Hauptanteil haben. Die meisten der Verletzungen mit den Betriebsverrichtungen geschehen vorzugehen. Nach dem vorher Gesagten können die Einzelunfälle am besten nicht mehr unterrichtet zu werden. Wir haben in einem der vorherigen Aufsätze bereits auf ein Verzeichnis der Gruben der Iron-Coke-Company in Amerika hingewiesen, wo die Belegschaften in Gruppen zu je 40 Mann eingeteilt sind. Hat eine solche Gruppe weniger als 20 Mann, dann wird die von der Betriebsleitung zu einem Essen eingeladen. Direktor André sagt hierzu in der „Bergarb.-Ztg.“:

„Würden wir ähnlich verfahren — ich glaube, wir würden weniger Essen zu geben haben.“

4) Man verfahren im Monat 1000 Schichten; 10 Feiertagen dabei beenden als 1 Prozent. Ich habe nun festgestellt, daß auf den beiden im unteren Teil dieses Artikels und Walden im Jahre 1924 die Zahl 1,71 bezw. 1,6 Prozent gewesen sind, bei anderen Gruben: auf Walden kamen auf 1000 Arbeitsschichten 1,71 und auf Walden 1,6 auf Unfall zurückzuführen. Diese Zahlen können annehmbar aber nicht mit dem obigen zu vergleichen. Für den Bezirk der Ruhrkohlenindustrie sind für das Jahr 1924 1 931 079 durch Betriebsunfälle verursachte Samterleistungen angegeben worden und im Reichsarbeitsrat habe ich geäußert, daß im unteren Teil dieses Artikels angegeben — ohne den linken Nebenzweig, der ja auch nicht zur Auf-

Knappschaff gehört — 116,8 Millionen Schichten verfahren worden sind. Auf 1000 Arbeitsschichten kamen demnach 16,5 derartige Feiertage oder 1,65 Prozent. Wenn die Amerikaner also 1 Prozent für etwas so Besonderes halten, daß deswegen ein Festhalten gegeben wird, und wenn man weiterhin bedenkt, daß die Zahl der durch Unachtsamkeit oder Leichtsinn verursachten Betriebsunfälle infolge Belehrung und Disziplin zweifellos



wesentlich unter der unteren liegt, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß die Zahl der Unfälle im allgemeinen in Amerika sich von unserer Zahl nicht wesentlich unterscheidet.“

Es wäre doch furchtbar, wenn André ein Essen geben müßte, um Unfälle zu verhindern. Wir vermeiden nur nebenbei im Sinne André, daß Belehrungen gewiß zum Guten beitragen, aber auch die Gewissenhaftigkeit der Unternehmer. Doch verharren wir noch einen Augenblick bei obigem Gedanken. Wir schlagen kein Festhalten zur Unfallbekämpfung vor, jedoch folgendes: Man zahle der Belegschaft eines Steigerreviers Prämien für geringe Unfallziffern und besonders den Steigern an Stelle der heutigen Anreizprämie. Dieses Mittel wird bestimmt wirksam sein.

Die Propagandisten dürfen nicht vergessen, daß Unfallbilder nicht nur für die Bergarbeiter, sondern auch für die Unternehmer, ihre Direktoren und Betriebsleiter hergestellt werden müssen. Bei Materialmangel möge man sich vertrauensvoll an uns wenden. Wir können mit Unmengen dienen; darunter mit den größten Ge-



Er achtet nicht auf die Gefahr durch den Kran.

wissenlosigkeit und Uebertretungen der Vorschriften seitens der Unternehmer. Auf dieser Seite tut Belehrung nicht minder not.

Und nun noch ein Wort an unsere Kameraden: Wir hören die Klage, daß die Antreiberei an dem Unheil schuld sei. Merkt es auch: Segen dieses Unfalls helfen keine der vorstehenden Vorschläge. Aber es gibt ein sicher wirkendes Mittel dagegen, und das ist eine starke und gut disziplinierte Organisation!

**Reißiges Bogen, ängstliches Klagen
wendet kein Gleich, macht dich nicht frei!
Mannhaft sein, Kameraden, organisiert, agitiert!**

Unsere Aufforderung zur Keufnung aus Kameradentreiben hat uns eine Anzahl Zuschriften eingehandelt, die anonym ausgehlossen. Die meisten der Einsender werden finden, daß sie uns mit ihren Anregungen gute Dienste erwiesen haben. Sie



Einer von den Vielen, die der Gefahr leichtsinnig in die Arme laufen!

finden dieselben schon zum geringen Teil in der zweiten Fortsetzung (Nr. 10 der „Bergarb.-Ztg.“) in der Samplade aber im vorliegenden Abschnitt. Einige Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden, entweder aus Raumangel oder aus anderen Gründen. Doch hoffen wir, alle befriedigt zu haben, selbst die wenigen Bemerkungen, die alles nur von der kühleren Seite ansetzen. Bitte weisen wir aber, daß diejenigen, die stets einer anderen Meinung sein wollen, unsere Abhandlungen auch gründlich durchlesen, bevor sie „von Leber gehen“. Wir könnten auch einmal hochhaft werden und das dürfte die betreffenden Kameraden unangenehm berühren. Wenn man ein Kamerad tief ins Reichende hinein greift und sagt, man sollte es doch auch mal mit etwas „broiligen“ Bl-

den wagen, wenn auch nicht im amerikanischen Ausmaß, so möchte bedenken, daß die Propaganda noch neu ist und sich zuerst überhaupt noch einführen muß. Die Entlohnung wird schon die Zeigen. Wenn die Bergbauarbeiter noch nicht alle Bergbauarbeiter erfassen, so liegt das daran, daß von den Knappschaffsberufen genossenschaftlichen vorerst nur die Sektion II sich der Bilderschaffung besonders angenommen hat.

Zu nebenstehenden Bildern.

Es sind dies keine ausgesprochenen Bergbauarbeiter, jedoch wer voll genug, um besprochen zu werden. Das erste Bild sollten nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Unternehmer beherzigen. Es sollten nicht nur für die Unfallschäden in die Produktion einfallenden, sondern ernsthaft darüber nachdenken, wie die Summen herunterzufassen sind. Das Bild müßte auf allen den Wänden des Büreaus solcher Betriebsleiter hängen, die mit fleißigen, geistigen Schülern den Betriebsräten die Mitarbeit verleihen und unmöglich machen.

Die beiden anderen Bilder unterscheiden sich von allen bisher an dieser Stelle veröffentlichten dadurch, daß sie nach Photographie hergestellt sind. Sie kommen deshalb der Wirklichkeit viel näher und erscheinen sympathischer. Von Künstlern hergestellte Bilder lassen diese Hauptzüge oft vermissen. Sie können als Musterbeispiel auch für den Bergbau empfohlen werden.

Der Grubengasanzeiger „Relifen“.

Ein Gutachten der Versuchsstrecke in Dorne.

Ueber den Grubengasanzeiger „Relifen“ hat die Versuchsstrecke in Dorne bei Dortmund ein Gutachten ausgearbeitet, welches mir auszugsweise wiedergeben. Dattiert ist dasselbe vom 10. Februar 1926. Zuerst müssen wir der Uebertreibung und Verstandlichkeit halber noch einiges über die Handhabung des Apparates vorwegschicken, soweit dies nicht schon in vorhergehenden Abhandlungen geschieht. Betätigt wird der Apparat außer der schon erwähnten Gummiballpumpe und dem Schlauch mit der Kopfplatte. An dieser befinden sich einige systematisch angeordnete Knöpfe, die es ermöglichen, den Apparat entsprechend einzustellen ohne hinsehen zu brauchen. Die Scheibe muß in zwei verschiedenen Stellungen gebracht werden; eine dritte Stellung ist der Bequemlichkeit halber da, um damit das Messergebnis beliebig lange festhalten zu können. Ueber weiteres gibt das Gutachten Aufklärung. Dort heißt es:

„Solange der Anzeiger nicht gebraucht wird, muß der seitliche an der Kopfplatte angebrachte einzelne Knopf über den Druckmesser (dem U-förmigen Glasrohr, die Klob.) stehen. In dieser Stellung sind die Verbindungsstellen sowohl der Diffusions- und der Gastammer, als auch des Druckmessers mit der Außenluft durch die Ventile hermetisch abgeperrt. Es kann also keine feuchte Luft, welche die Diffusionswirkung des Kontopfes schädlich beeinflussen würde, in den Apparat eindringen, und zugleich ist ein Ausfließen der Anzeigerflüssigkeit ausgeschlossen. Der Apparat darf daher in diesem Zustande jede beliebige Lage einnehmen.“

Vor der Einföhlung der Wetterprobe wird die Kopfplatte gedreht, daß sich die zwei seitlichen Knöpfe über den Druckmesser befinden. Bei dem Drehen der Platte werden unter Betätigung zweier Ventile selbsttätig die Diffusionskammer und die sie umgebende Gastammer mit reiner, trockener Preßluft durchspült und etwaige von einer früheren Messung noch zurückgebliebene Gasreste entfernt. Die Luftzufuhr aus dem Preßluftbehälter ist durch ein Reduzierventil so geregelt, daß immer nur eine bestimmte Menge Luft zur Durchspülung anblasen kann. Der Erfinder will hierdurch jegliche Luftverschwendung vermeiden damit mit dem Anzeiger möglichst viele Messungen vorgenommen werden können, ohne daß die Preßluft erneuert zu werden braucht. Durch das Einströmen der Preßluft entsteht in der Zelle ein Ueberdruck, der sich am Druckmesser durch Steigen der linken Flüssigkeitssäule bemerkbar macht. Vor dem Einfüllen der Wetterprobe ist dieser Ueberdruck zu entfernen und die Flüssigkeitssäule beider Röhre gleichzustellen, indem man durch einen kurzen Druck auf den oben auf der Kopfplatte befindlichen Ventilknopf die Verbindung mit der Außenluft und dadurch innen und außen Druckgleichheit herstellt.

Zur Probenahme wird der Gummiball, nachdem er durch den Schlauch mit dem Anzeiger verbunden ist, an die Stelle gehalten an der die Wetter geprüft werden sollen, und 10- bis 15mal ausgedrückt... Enthält die Probe Grubengas oder Kohlenäure, steigt die Flüssigkeit in dem linken oder dem rechten Glasrohr. Sobald ein weiteres Steigen nicht mehr eintritt, muß der vorhandene Druckunterschied an der Stala abgelesen werden. Man braucht die Ableitung nicht zu überflüssigen, denn es ist möglich, den Stand der Flüssigkeitssäule durch eine weitere kurze Drehung der Kopfplatte nach links bis zum Anschlag beliebig lange fest zu legen.

Nach Beendigung der Probenahme wird die Kopfplatte wieder in die Anfangsstellung zurückgedreht; auch hierbei findet eine Luftspülung der Kammer statt.

Der Preßluftbehälter, der einen Rauminhalt von etwa 280 cm³ hat, ist vor jeder Probenahme des Grubengasanzeigers frisch zu füllen. Hierzu kann man eine kräftige Luftpumpe verwenden die wie eine Fußluftpumpe für Fahrräder eingerichtet und mit einem Manometer ausgerüstet ist. Um mit dem Apparat eine genügende Zahl von Wetterproben untersuchen zu können, ist der Behälter mit Luft von 6 Atmosphären Ueberdruck zu speisen. In den Kontopf keine Luftzufuhr kommen darf, so muß die Luft vorher getrocknet werden. Das geschieht dadurch, daß zwischen Luftpumpe und Preßluftbehälter eine reichliche Chlorkalkumvorlage eingeschaltet wird. Zweckmäßig wird die Füllung des Behälters über Tage vorgenommen.

Der empfindliche Grubengasanzeiger ist hier auf seine Anzeigerfähigkeit in Grubengas- und auch in Kohlenäure-Luftgemischen geprüft worden. Dabei wurde als Durchschnittergebnis von 20 Wetterproben mit Grubengas für je 1 Prozent CH₄, am Druckmesser ein Ueberdruck von rund 3,5 mm festgestellt. Zum Beispiel ergab sich für ein Gemisch mit 4,9 CH₄, ein Ueberdruck (Abstand der Flüssigkeitssäule in den beiden Glasröhren) von 17 mm. Bei der Größe des für je 1 Prozent CH₄ ermittelten Ausschlags besteht an sich die Möglichkeit, mit dem Anzeiger auch geringere Mengen als 1 Prozent in den Wetterproben nachzuweisen; doch kommt es darauf für die Brauchbarkeit des Anzeigers kaum an. Die Untersuchung von Kohlenäure-Luftgemischen ergab für je 1 Prozent CO₂ einen Ueberdruck am Druckmesser von rund 4,4 mm, also beispielsweise für 8 Prozent CO₂, 35 mm. Da die Größe des auftretenden Diffusionsdrucks von der Dichte der Wandung des Kontopfes abhängt und da diese Dichte nicht bei allen Kontöpfen ganz gleich ist, so muß für jeden einzelnen Anzeiger der Ausschlag für je 1 Prozent CH₄, nötigenfalls auch für CO₂, besonders festgestellt werden.

Grubengas erzeugt in dem Anzeiger einen Ueberdruck, Kohlenäure dagegen einen Unterdruck. Wenn daher in der Grube mit dem gleichzeitigen Auftreten beider Gase zu rechnen ist, so muß dem für die Probenahme dienenden Gummiball außer der fest notwendigen Chlorkalkumvorlage auch ein Rohr mit Natronkalk zur Absorption der Kohlenäure vorgeschaltet werden. Es ist also in solchen Fällen nur möglich, den CH₄-Gehalt festzustellen. Darauf wird es aber in der Regel nur ankommen.

Zur Untersuchung matter Wetter auf ihren Kohlenäuregehalt muß man die Natronkalkvorlage vor dem Gummiball abnehmen. Sollten die matten Wetter auch Grubengas enthalten, so führt die Messung des CO₂-Gehalts zu unrichtigen Ergebnissen, und zwar um so mehr, je größer der CH₄-Gehalt ist.

Beim Gebrauch des Apparates ist ferner zu berücksichtigen, daß die bei der Drehung der Kopfplatte zwangsläufig erfolgende Spülung der Kammer zunächst nur für die am häufigsten vorkommenden niedrigen Prozentgehalte der zu messenden Gase eingeregelt ist. Bei einem Gasgehalt von mehr als 3 Prozent Gemisch die einfache Spülung für die nächste Messung nicht mehr, um die Gasreste aus der Diffusionskammer und der Gastammer zu entfernen; es ist dann eine mehrmalige, der Höhe des vorher gemessenen Gasgehalts entsprechende Spülung notwendig. Wenn

